

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. In bezug auf die Postgebühren. Für Verbandsmitglieder ermäßigter.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petteile oder deren Raum 50 Pfg.
Bergütungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.
Verksamlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Verbandstag in Berlin.

Eine arbeitsreiche Woche liegt hinter uns. Der neunte Verbandstag hat vielerlei erlebt und er hat, dies darf ruhig gesagt werden, gute Arbeit geleistet. Es standen diesmal keine Fragen zur Diskussion, welche die Grundlagen des Verbandes berühren, aber die Erwartung, der wir Ausdruck gaben, daß in Berlin der Beweis geliefert werden würde, daß auf den Verbandstagen des Deutschen Holzarbeiterverbandes auch dann gehaltreiche Arbeit geleistet wird, wenn keine die Grundlagen der Organisation berührende Fragen zur Diskussion stehen, ist in vollem Maße gerechtfertigt worden.

Einmütig sind die wichtigen Entscheidungen des Verbandstages gefaßt worden. Einstimmig sind die Resolutionen über die Regelung der Arbeitszeit, über die Arbeitsvermittlung und über das Meldeverpflichtungsgebiet des Verbandes angenommen worden. Die Reserate der Kollegen Neumann, Leipart und Naith, in welchen sie die vorgelegten Resolutionen begründeten, waren durchgängig Glanzstücke. Der Beschluß des Verbandstages, diese Reserate in Sonderdrucken herauszugeben, bedeutet nicht nur eine Anerkennung für die Redner; er war vor allen Dingen diktiert von dem Wunsch, der Masse der Kollegen, welche die Vorträge nicht unmittelbar anhören konnten, deren vollen Wortlaut mitzuteilen. Wir möchten auf diesen Beschluß ganz besonders hinweisen und den Kollegen das Studium der drei Reden auf das angelegentlichste empfehlen. Sie werden daraus vieles lernen und manche nützliche Anregung für die Agitation schöpfen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht nahmen zwei Momente einen größeren Raum ein. Einmal die Frage der Verschmelzung der Zahlstelle Charlottenburg mit Berlin und dann die Stellung der Zentral-Kommissionen im Verband. Hinsichtlich der Charlottenburger Frage kann man im Zweifel sein, ob es notwendig war, ihr eine so große Bedeutung beizumessen. Entschieden war sie schon durch die Beschlüsse mehrerer früherer Verbandstage, die sich für die Verschmelzung der in einem Wohngebiet liegenden Zahlstellen ausgesprochen hatten. Der Vorstand hat bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß Zwangsmaßnahmen zur Durchführung dieser Beschlüsse nach Möglichkeit vermieden werden müssen und nur in zwingenden Ausnahmefällen, wie im vorliegenden, in Betracht kommen können. Die Charlottenburger Kollegen wollten jedoch ihre Selbständigkeit wahren. Der Vorstand hat schließlich nachgegeben und dem Wunsch der Charlottenburger Kollegen entsprechend, die Entscheidung des Verbandstages abgewartet. Diese ist nun, wie zu erwarten stand, in klarer Weise erfolgt. Damit ist der Streitfall aus der Welt geschafft und, wie sich die Delegierten bei einem Besuch der Charlottenburger Zahlstelle überzeugen haben, herrscht unter diesen ob des gefaßten Beschlusses kein Groll. Die Entscheidung des Verbandstages ist, wie sie im voraus erklärt haben, für sie bindend und sie werden sich ihr willig fügen.

Einzelne Zentral-Kommissionen waren mit dem ihnen zugewiesenen Betätigungsbereich nicht zufrieden; sie suchten sich durch Maßnahmen des Verbandsvorstandes, die ihrem Eifer Bügel anlegten, gehemmt und sie glaubten auch bei den Gauvorstehern und den Zahlstellenverwaltungen nicht die Unterstützung zu finden, auf die sie Anspruch haben. Beschlüsse über die Stellung der Zentral-Kommissionen hat der Verbandstag nicht gefaßt, aber in einer Erklärung, die Kollege Neumann namens des Verbandsvorstandes abgab, sind die Rechte und Pflichten der Zentral-Kommissionen so scharf umschrieben, daß sich auch der als Delegierter anwesende Vorsitzende der Zentral-Kommission der Bürsten- und Pinselmacher, der die Diskussion hauptsächlich hervorgerufen hatte, damit für zufriedengestellt erklärte.

Der Punkt Lohnbewegung wurde, wie das seit einigen Jahren Brauch ist, in geschlossener Sitzung behandelt. Man könnte aber auch diesmal sagen, wie es auf früheren Verbandstagen offen ausgesprochen wurde, daß in der Diskussion dieses Gegenstandes nichts geäußert wurde, was das Bild der Dessenlichkeit zu scheitern gehabt hätte. Wir werden an der bewährten Tagespolitik festhalten und auch daran, daß die Vertragsorte in vier Gruppen geteilt bleiben. Um diese Gruppierung zu erhalten, werden auch diesmal wieder alle im Februar 1913 zum Ablauf kommenden Verträge gekündigt werden. Die Kundgebung der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes gegen die Arbeitszeitverkürzung sieht uns nicht an, wir werden nach wie vor mit aller Energie eine weite und beständige Bewegung der Arbeitszeit anstreben.

Wenn die in den nächsten Monaten stattfindenden Verhandlungen der Zentralvorstände über die Regelung der Arbeitszeit zu einem Ergebnis führen, werden wir das begrüßen. Die Ablehnung unserer Wünsche durch die Gegenseite wird jedoch für uns kein Grund sein, auf deren Durchführung zu verzichten.

Diese unsere Stellung zur Frage der Arbeitszeitverkürzung ist dann noch besonders durch ein Referat mit anschließender Diskussion gründlich behandelt worden. In dieser Diskussion spielte, wie vorauszu sehen war, die Frage des freien Sonnabendnachmittags eine bedeutende Rolle. Es zeigte sich, daß diese Einrichtung auch in unserem Verbands schon begeisterte Anhänger gefunden hat. Um so erfreulicher ist es, daß es gelungen ist, in der Frage einen einstimmigen Beschluß des Verbandstages zustande zu bringen. Erst wenn die tägliche Arbeitszeit ausreichend verkürzt ist, heißt es in der angenommenen Resolution, kann an die Einführung des freien Sonnabendnachmittags herangetreten werden, „um dadurch der praktischen Durchführung des Nachmittags und der Tage immer näher zu kommen“. Mit der eingehenden Diskussion dieses Themas auf dem Verbandstag ist eine Frage angeknüpft worden, welcher bisher noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit in den Arbeiterorganisationen gewidmet wurde. Es sieht zu erwarten, daß unsere Verhandlungen diese Diskussion nunmehr in Fluß bringen werden.

Von der Frage der Arbeitsvermittlung läßt sich das nicht sagen. Theoretisch ist dieser Gegenstand auf den Gewerkschaftskongressen und in der Presse schon oft und eingehend behandelt worden. Ja, es liegt über diese Frage eine umfangreiche Literatur vor, die fortwährend anschwillt, so daß sie kaum noch zu übersehen ist. Praktische Erfolge in der Regelung der Arbeitsvermittlung haben aber die deutschen Gewerkschaften nur in sehr geringem Maße zu verzeichnen. Der Deutsche Holzarbeiterverband steht auf dem Standpunkt, daß der paritätische Arbeitsnachweis mit obligatorischer Verwendung die Frage am besten löst. Bisher ist dieser Arbeitsnachweis nur in wenigen Städten durchgeführt, aber der große Kampf in Hamburg im Vorjahre beweist, daß wir keine Mittel scheuen, das, was wir theoretisch als richtig erkannt haben, auch praktisch zur Durchführung zu bringen.

Wir können unserem Willen in all den Fragen, in welchen es sich um die Interessen der Kollegen handelt, nur dann Geltung verschaffen, wenn wir uns auf gut fundierte Rassen stützen können. Der Beschluß des Verbandstages über die Abführung höherer Beiträge an die Hauptkasse wird dieser vermehrte Einnahmen zuführen, ohne die einzelnen Mitglieder wesentlich zu belasten. Praktisch läuft der Beschluß darauf hinaus, den Anteil der Lokalkassen zugunsten der Verbandskasse zu kürzen, und zwar um so stärker, je höher der am Orte erhobene Lokalbeitrag ist. In manchen Orten dürfte die Durchführung dieses Beschlusses vorübergehend zu Schwierigkeiten führen. Das wird besonders in Berlin der Fall sein, wo die riesige Arbeitslosigkeit außerordentlich hohe Anforderungen an die Lokalkasse stellt. Um so höher ist es daher anzuerkennen, daß die Vertreter von Berlin dem Antrage zugestimmt haben, der dann in namentlicher Abstimmung mit der imposanten Mehrheit von 155 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Weherzigenswert ist der im Zusammenhang damit den Zahlstellen gegebene Rat, mit der Gewährung von Lokalauslagen zur Verbandsunterstützung vernünftig Maß zu halten und insbesondere von der Unterstützung der arbeitslosen und kranken Mitglieder in der ersten Woche Abstand zu nehmen. Der Verband ist und soll eine Kampforganisation sein und die Stärkung des Kriegsschatzes ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg.

Aber nicht nur gefüllte Kassen brauchen wir, um Erfolge zu erringen, sondern auch ein starkes, kampfesüchtiges Geer. Deshalb muß der Agitation unablässig die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Gedanken, von denen wir uns bei der Agitation leiten lassen müssen, hat der Kollege Naith in so treffender und packender Weise in seinem Referat zum Ausdruck gebracht, daß man nur wünschen kann, daß seine Anregungen überall die gebührende Beachtung finden. Mit Recht hat Naith den unheimlichen Grenzstreitigkeiten nur einen verhältnismäßig kleinen Raum in seinem Vortrag gewidmet. Aber was er gesagt hat, mußte ausgesprochen werden. Der unläuterer Konkurrenz anderer Organisationen, die in unser Agitationsgebiet einbrechen, werden wir, vielleicht noch schärfer als bisher, entgegen treten. Aber wir werden es

auch künftig vermeiden, den Grenzstreitigkeiten eine übermäßige Bedeutung beizumessen.

Überblicken wir die Leistungen des Verbandstages, dann können wir unser Urteil dahin zusammenfassen, daß fleißige und gute Arbeit geleistet wurde. Auch wir geben uns der Hoffnung hin, welcher Kollege Leipart in seinem Schlußwort Ausdruck gab, daß wir auf dem nächsten Verbandstag in Dresden konstatieren können, daß wir in der Zwischenzeit von Erfolg zu Erfolg geschritten sind.

Wir lassen nachstehend einen gedrängten Bericht über die Verhandlungen folgen und verweisen im übrigen auf das demnächst erscheinende ausführliche Protokoll.

Ueber die Eröffnungssitzung in der „Neuen Welt“ haben wir bereits in der vorigen Nummer berichtet. Die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages begannen Montag, den 24. Juni, im Gewerkschaftshaus.

Leipart eröffnet die Sitzung und weist darauf hin, daß die vorgeschlagene Geschäftsordnung in einigen Punkten von der sonst üblichen abweicht. Nachdem diese Geschäftsordnung ohne Diskussion angenommen ist, wird das gestern gewählte provisorische Bureau bekräftigt und beschlossen, neben der vorbereitenden Kommission, die sich bereits seit dem 19. Juni mit der Prüfung der zahlreich eingelaufenen Anträge beschäftigt hat, eine Revisions- und eine Beschwerdelkommission einzusetzen. In die Revisionskommission werden gewählt: Maack-Berlin, Bleninger-München, Hoops-Oldenburg, Börner-Leipzig, Weiß-Waiz, Köppe-Stuttgart und Robert Schmidt-Berlin. Die Beschwerdelkommission setzt sich zusammen aus den Kollegen Mörzberger-Fürth, F. Leopold-Berlin, Wustlich-Nabau, Blömer-Düsseldorf, Wehner-Frankfurt a. O. und Wegger-Stuttgart. Die vorbereitende Kommission, die nach den Bestimmungen des Statuts von den Delegierten mittels schriftlicher Abstimmung gewählt wurde, besteht aus folgenden Kollegen: Steiner-Breslau, M. Leopold-Berlin, Lauter-Dresden, Gerde-Leipzig, Wilhelm-Schmalldien, König-Hamburg, Bahner-Hannover, Schmidt-Mürnberg und Scheider-Stuttgart.

Der Antrag, die Mitarbeiter auf die Tagesordnung zu setzen, ist zurückgezogen. Dagegen ist ein Antrag eingegangen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Welche Erfahrungen wurden in der Möbelindustrie mit der Teilarbeit gemacht?“. Dieser Antrag wird von Meher-Fürth begründet, vom Verbandstag jedoch abgelehnt. Zur Begründung des Verbandstages nimmt nunmehr das Wort der Vertreter des Oesterreichischen Holzarbeiterverbandes Groß-Wien. Er dankt für die seiner Organisation während der großen Aussperrung in Wien im Jahre 1909 gewährte Unterstützung. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat nicht nur auf die Zinsen eines Darlehens von 100 000 Mark verzichtet, sondern auch die Rückzahlung des Restes von 15 000 M. erlassen. In seinen weiteren Ausführungen schildert Meher die separatistische Bewegung, welche die Gewerkschaften in Oesterreich schwer schädigt. — Aus den skandinavischen Ländern sind vier Gäste erschienen. Vom Schwedischen Holzarbeiterverband Binde-Stockholm, vom Dänischen Tischlerverband Petersen-Kopenhagen, vom Norwegischen Holzarbeiterverband Petersen-Kristiania und vom Norwegischen Möbelarbeiterverband Karo-Kristiania. Namens dieser vier Kollegen spricht Petersen-Kopenhagen: Die skandinavischen Kollegen bringen den Verhandlungen des Verbandstages großes Interesse entgegen. Die Arbeiter in den skandinavischen Ländern seien prozentual ebenso gut und zum Teil noch besser organisiert als in den großen Ländern. In Dänemark wären unorganisierte Arbeiter eine Seltenheit; in Norwegen sei es mit der Organisation auch gut vorwärts gegangen. In Schweden sei die Gewerkschaftsorganisation seit dem gewaltigen Kampf von 1909 etwas zurückgegangen, aber sie würde bald wieder die alte Stärke erreicht haben. Der Redner wünscht zum Schluß den Verhandlungen des Verbandstages besten Erfolg.

Weltner-Budapest betont, daß unser Verband für die ungarische Organisation vorbildlich sei. Eine vor drei Jahren vorgenommene Beitragserhöhung habe der Organisation einen großen Mitgliederzuwachs gebracht. Trotz der politischen Erregung wird die Gewerkschaftsarbeit nicht vernachlässigt. Ein Beweis für das Fortschreiten der Organisation ist der Abschluß eines Vertrages, der während seiner dreijährigen Dauer den Budapestener Tischlern den 8 1/2 stündigen Arbeitstag bringt.

Paulh-Gens betont den starken Einfluss, den Deutschland sowohl auf die Industrie als auch auf die Arbeiter in der Schweiz ausübt. Leider macht die Organisation nur langsam Fortschritte. Unter 7100 Verbandsmitgliedern sind etwa ein Drittel Reichsdeutsche, die einen wertvollen Bestandteil der Organisation bilden.

Die Bruderorganisationen in Frankreich und Holland haben keinen Vertreter entsandt, aber dem Verbandstag schriftlich ihre Grüße übermittelt.

Leipart dankt den ausländischen Gästen für ihre guten Wünsche und weist auf den schwebenden großen Kampf in England hin. Die Internationale Union der Holzarbeiter habe eine Unterstützungsaktion eingeleitet

aus der Verbandsvorstand empfehle, den englischen Kollegen...

Von dem infolge Krankheit am Erscheinen verhinderten...

Zur Erstattung des Vorstandes Berichtes nimmt nunmehr...

Leipart das Wort. Er verweist auf den gedruckten vorliegenden Bericht...

Zum Hauptfasser Bericht, der gedruckt vorliegt, gibt alsdann...

Köppe-Stuttgart erklärt namens des Ausschusses, daß er seinem...

In der nunmehr einsetzenden Diskussion verteidigt Schmidt-Braunschweig...

Schuster-München nimmt die Zentralkommission der Maschinenarbeiter...

Marsberger-Fürth ist mit dem mit den Bauarbeitern abgeschlossenen...

Miedlinger-Haching bedauert, daß sich nicht mehr Zahlstelle als...

In der Nachmittags-Sitzung gibt Fendel-Berlin den Bericht der Mandatprüfungskommission...

Bahner-Hannover geht ebenfalls auf die Abführung an die Hauptkasse...

Gercke-Leipzig erklärt, daß die Ansicht des Vorstandes unklar sei...

Stopfer-München begründet die Haltung seiner Zahlstelle bezüglich...

Wephal-Standpunkt a. M. behandelt den gleichen Gegenstand vom...

Wallauer-Nürnberg führt Klage darüber, daß der Zentralkommission...

Kanitzel-Bernburg vermißt in den Ausführungen Leiparts ein...

Storch-Charlottenburg bespricht die Differenzen mit dem Vorstand...

König-Berlin beschwert sich über zu geringe Unterstützung der...

Ein Antrag nach welchem sich die Zahlstelle Charlottenburg...

Dagegen wird ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz der...

82 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

die Vorsitzenden der Zentralkommissionen zu einer Konferenz...

Domle-Hamburg meint, die Zahlstellen müßten das Recht haben...

Neumann: Die Bestrebungen, den Zentralkommissionen mehr Rechte...

Schleicher-Stuttgart kritisiert das Verhalten der Zahlstellen...

Schneeberg bespricht die Charlottenburger Angelegenheit...

Storch-Charlottenburg spricht sich gegen die Zahlstellen...

Wallauer-Nürnberg sucht die von Schleifer erhobenen Vorwürfe...

Schubert-Halle bemüht sich, den Nachweis zu erbringen...

Nachdem der Antrag, die Charlottenburger Angelegenheit...

Storch-Charlottenburg spricht sich gegen die Zahlstellen...

Schnepper-Haching bedauert, daß sich nicht mehr Zahlstelle als...

In der Nachmittags-Sitzung gibt Fendel-Berlin den Bericht...

Bahner-Hannover geht ebenfalls auf die Abführung an die Hauptkasse...

Gercke-Leipzig erklärt, daß die Ansicht des Vorstandes unklar sei...

Stopfer-München begründet die Haltung seiner Zahlstelle bezüglich...

Wephal-Standpunkt a. M. behandelt den gleichen Gegenstand vom...

Wallauer-Nürnberg führt Klage darüber, daß der Zentralkommission...

Kanitzel-Bernburg vermißt in den Ausführungen Leiparts ein...

Storch-Charlottenburg bespricht die Differenzen mit dem Vorstand...

König-Berlin beschwert sich über zu geringe Unterstützung der...

Ein Antrag nach welchem sich die Zahlstelle Charlottenburg...

Dagegen wird ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz der...

82 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Redaktion, der vom Kaiser erstattet wird...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Die Redaktion berichtet, daß die Zahl der Abonnenten...

Warnung vor Suzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Eröffnung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Suzug ist fernzuhalten von:**
- Zischlern, Maschinen und Hilfsarbeitern nach Bremen:** haben, Burg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf), Cassel (Hoffmeiermeister Vogt), Dannenberg an der Elbe, Dortmund (Wassfabrikfabrik G. m. b. H.), Dresden und Meiß (Aca. Photographische Apparate), Driesen a. M. (Ziegler u. Comp.), Ebingen Berg u. Bern), Elmshorn (Kölln), Freiberg i. S. (Stralsch u. Ullmann), Fürstenwalde an der Spree (System Bureauindustrie), Gera, Neuh jüngere Linie (Schleifler, Herm. Gatzl.), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Kaltenried (Strassenbahnwerkstätte), Harburg a. d. Elbe (Aug. Prien), Landsberg a. Lech, Langensalza, Lauban (Kalkbrenner), Lüdenscheid (Paugeschäfte), Mochingen (Korb- und Rindermaschinenfabrik Fr. Kuhn u. Söhne), Datteln i. Westf., Roth a. S., Sensburg, Spandau (Behring), Varel in Oldenburg (Foh. Wiemsen), Weinheim (Schaab), Wittenberg, Bezirk Halle (Essevier), Wsch in Böhmen, Gger, Prag, Junsbrunn, Ung a. Donau, Kesselsdorf (Waggonfabrik).
 - Modellzischlern nach Düsseldorf, Vierenfeld (Stahlwerk Delling), Halle a. S., Hannover, Magdeburg.**
 - Blaviermachern nach Brüssel.**
 - Drehlern nach Aachen:** i. Schloßen, Burg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf), Dresden und Meiß (Aca. Photographische Apparate), Driesen a. d. M. (Ziegler u. Comp.), Hirudorf bei Jülich i. V. (Kopp).
 - Polierern nach Burg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf), Dresden und Meiß (Aca. Photographische Apparate), Jülich i. V. (Kopp).**
 - Partettiegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Partettgeschäfte, Uhlendstraße).**
 - Stuhlmachern nach Brand (Erzgebirgische Holzindustrie A. G.).**
 - Hilfenmachern nach Bremen-Semelingen (Schulze).**
 - Stuhlarbeitern nach Wald i. Mecklenburg.**
 - Korbmachern nach Dresden-Madebeul (Peter u. Siegmund), Schöningen (Thiemer), Montreux.**
 - Stellmachern nach Berlin, Frankfurt a. M. (Ablwerke), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Kaltenried (Strassenbahnwerkstätten), Chur, Paris Brüssel (Caroffrie Pariffenne).**
 - Vergoldern, Grundierern, Verzickern und Farbmachern nach Ober-Krandsdorf bei Saida in Niederböhmen.**
 - Verstarbeitern nach Schönebeck a. Elbe.**
 - Schubstollenarbeitern nach Eisenach (Bergner).**

Lohnbewegung auf der Tagesordnung. Die Sitzung wird ausgefüllt durch den Bericht, den Reumann erstattet. Da wegen eines gemeinsamen Feindes der Unfallversicherungs-Ausschließung in Charlottenburg die Sitzung um 5 Uhr abgebrochen wird, wird der Schluß des Berichtes auf den

dritten Sitzungstag verlagert.

Reumann führt in seinem insgesam vierköpfigen Vortrag etwa folgendes aus: Der Verbandsvorstand ist nicht der Ansicht, daß in der Tarifbewegung des Holzarbeiterverbandes Erscheinungen sich gezeigt haben sollen, die zu irgendwelchen grundlegenden Veränderungen der bisherigen Taktik Veranlassung geben könnten; er ist vielmehr davon überzeugt, daß die auf früheren Verbandstagen festgelegten Grundzüge sich im allgemeinen bewährt haben. Davon zeugt auch der Erfolg der Tarifbewegungen der letzten Jahre. Der Redner äußert sich dann weiter über die Art und den Verlauf der Lohnbewegungen und Kämpfe der letzten Jahre und erklärt dabei unter anderem, es könne heute schon ausgesprochen werden, daß alle Verträge die vor dem Ablauf stehen, unsererseits zum Jahre 1913 gekündigt werden. Die Städtekonferenzen, auf denen die Vertragsorte durch die am meisten erfahrenen und tüchtigsten Kollegen vertreten sind, und vor den Tarifverhandlungen stattfinden, haben nicht nur den Zweck, das Verhalten der Mitglieder an den verschiedenen Orten zu regeln, sondern sie sollen auch über die grundlegende Taktik beraten. Es hat sich bisher, wenn auch natürlich Meinungsverschiedenheiten hervortraten, immer wieder gezeigt, daß Einmütigkeit unter den Vertretern zustande kam, was ein Beweis für die harte Aktionsfähigkeit des Holzarbeiterverbandes ist. Die Verbandsmitglieder haben gelernt, zusammenzuhalten, und dadurch sind unsere Errungenschaften möglich geworden. Der Redner weist im einzelnen nach, wie schwankend die Haltung der Unternehmerorganisation hinsichtlich der Verhandlungsgrundlagen ist und wie wenig Einfluß ihre Vertreter auf die einzelnen Bezirksverbände auszuüben vermögen. Nachdem auf Wunsch des Verbandes seinerzeit die Zentralkommission mit den Verhandlungen betraut wurde, erklärt man jetzt: So wie bisher können die Verhandlungen nicht geführt werden. Man verlangt jetzt auf jener Seite wieder einen unparteiischen Verhandlungsleiter. Erst verlangte man ein Vertragsmuster als Grundlage für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen Reiche, jetzt wird unter den Arbeitgebern gegen den Mustervertrag gehandelt. In Liegnitz vermochte der Schlichterverband es nicht zu verhindern, daß seine Mitglieder während der Verhand-

lungen eine Aussperrung veranstalteten und sich nicht bewegen ließen, sie aufzuheben. Herr Rahardt legte damals den Vertretern des Holzarbeiterverbandes einen Brief vor, als Beweis dafür, daß die Liegnitzer aus dem Schlichterverband ausgeschieden waren, aber als dann in Liegnitz örtliche Verhandlungen angekündigt wurden, zeigte es sich, daß dieser Ausschuß tatsächlich nicht erfolgt war. Auch bei der letzten Tarifbewegung haben wir gesehen, daß verschiedene Bezirksverbände sich dem gefälligen Schiedspruch nicht fügten, und daß der Arbeitgeberschutzverband seinen Einfluß nicht so weit geltend machte, oder geltend machen konnte, den Schiedspruch bei seinen Mitgliedern überall zur Anerkennung zu bringen. Erst durch den Einfluß des Holzarbeiterverbandes ist das dann gelungen. Allerdings ist es auch vorzuziehen, daß in einzelnen Orten unsere Zahlstellen, während die zentralen Verhandlungen stattfanden, die Arbeit einstellten; aber es muß mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß solche Disziplinwidrigkeiten in Zukunft vermieden werden. Hinsichtlich des Ablauftermins streben die Arbeitgeber bekanntlich nach einer Einheitsfront für alle Verträge, wir aber müssen danach trachten, daß die bestehenden vier Gruppen beibehalten werden, und es hat sich auch deutlich gezeigt, daß unsere Mitglieder volles Verständnis für diese Auffassung haben. Durch die bisherigen Lohnbewegungen ist eine Situation geschaffen, bei der die Gegenstände mehr grundsätzlicher Art sind. Es handelt sich für die Arbeitgeber darum, ihre bevorrechtigte Stellung zu erhalten, in der sie sich durch die wachsenden Erfolge des Holzarbeiterverbandes bedroht fühlen. In einem Kampf, bei dem es sich um diese Frage handelt, sind Kompromisse nicht mehr möglich, da muß die eine oder die andere Partei unterliegen, und da gilt es für uns, tüchtige Kämpfer zu haben, die Organisation zu stärken durch weitere Aufklärung der Mitglieder. Die Ergebnisse der seitherigen Lohnbewegungen haben bei den Arbeitgebern viel Unzufriedenheit hervorgerufen, aber auch unter unseren Mitgliedern tritt in dieser Hinsicht immer wieder Unzufriedenheit zutage. Sie wünschen immer wieder, daß mehr herausgeholt werden sollte. Manche Mitglieder erschöpfen ihre Kraft im Kritizieren, statt die errungenen Vorteile zur Agitation für den Verband auszunutzen. Es gilt nun, unsere Taktik auf die große Vertragsbewegung einzurichten, vor der wir jetzt stehen und von der mehr abhängt, als manche Mitglieder denken. Dann erwarten wir noch mehr Disziplin von den Mitgliedern als bisher. Wenn wir uns hier dafür aussprechen, daß die vor dem Ablauf stehenden Verträge gekündigt werden, haben wir dafür zu sorgen, die Verträge weiter auszubauen, damit wir nicht nur zu Verträgen, sondern auch zu guten Verträgen kommen. — Nachdem der Redner noch weiter auf die Grundzüge eingegangen war, die für die bevorstehende Tarifbewegung maßgebend sein sollen, schloß er seinen Vortrag mit den Worten: Wenn, wie es ganz den Anschein hat, wieder Stürme über uns hereinbrechen, das Unternehmertum sich in neuen Machtkämpfen auf uns stürzt, dann ist es notwendig, daß die gesamte Kollegenchaft wie ein Mann hinter der Verbandsleitung steht und unsere Organisation sich wiederum als das feste unerschütterliche Bollwerk erweist. — Der Vortrag fand lebhafteste Zustimmung.

Reumann berichtet nun namens der vorbereitenden Kommission über die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge. In der anschließenden Diskussion schildert Steiner-Wreslau die Momente, welche die Breslauer Kollegen veranlaßt haben, im Jahre 1911 vor Abschluß der Tarifverhandlungen die Arbeit einzustellen. Diese Arbeitseinstellung selbst wolle aber auch er nicht gutheißen. Woyl-Hamburg berichtet über den vorjährigen Kampf in Hamburg. Meyer-Nürnberg führt Beschwerde über die Taktik des Metallarbeiterverbandes, der unsere Verwaltungen oft nicht rechtzeitig über geplante Bewegungen unterrichtet. Eine ähnliche Taktik hat auch der Fabrikarbeiterverband bei einem Kampf in der Zellulosebranche eingeschlagen, er hat aber damit Risiko gemacht. Riesel-Stettin empfiehlt den nachstehenden Antrag, der von seiner Zahlstelle gestellt ist:

„Bei Tarifverhandlungen alles daran zu setzen, daß mit dem festgesetzten Ablauftermin der neue Vertrag in Kraft tritt. Gelingt das nicht, so ist darauf zu dringen, daß die zugestandenem Lohnverbesserungen vom Ablauftermin des alten Vertrages ab gezahlt werden.“

Kuls-Essen führt ebenfalls Klage über die Kampftaktik der Metallarbeiter, welche bemüht sind, unsern Verband von der Vorbereitung und Leitung von Lohnbewegungen auch dann fernzuhalten, wenn unsere Kollegen in größerer Zahl hierbei in Betracht kommen.

Reumann-Eberfeld: Wenn bei den nächsten Vertragsverhandlungen die Ungleichheiten in den Arbeitsbedingungen zwischen Eberfeld und Warmen beseitigt werden, dann darf das nicht auf Kosten der Eberfelder Kollegen geschehen. Weiter empfiehlt Redner folgenden Antrag:

„Bei Tarifabschlüssen ist dafür Sorge zu tragen, den Durchschnittslohn (Lohnnorm) für Maschinenarbeiter höher festzulegen als wie für die nicht an Maschinen beschäftigten Kollegen.“

Dannwolf-Hamburg tritt für eine größere Verantwortlichkeit der in Maschinenfabriken beschäftigten Kollegen ein. Hier muß mit dem Metallarbeiterverband operiert werden, den man dazu erziehen müsse, mit uns gemeinsam zu arbeiten.

Hlemeyer-Bremen ist mit der vom Verbandsvorstand verfolgten Taktik einverstanden. Künftig muß mehr Wert darauf gelegt werden, auch den Lohn der ungelerten Arbeiter vorwärts zu bringen. Die beklagten Unarten des Metallarbeiterverbandes haben wir früher auch in Bremen kennen gelernt, wir haben Mittel gefunden, sie ihm abzugewöhnen.

Meyer-Dortmund spricht über die Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen, mit deren Durchführung er nicht ganz einverstanden ist.

Wichallset-Berlin: Es muß mehr Wert darauf gelegt werden, die Unternehmer zur lokalen Anwendung der Tarife anzuhalten. Die Arbeitgeber machen ein großes Wesen von den Vertragsbrüchen der Arbeiter in Berlin. Diese Fälle sind verhältnismäßig selten. Meist sind sie

von den Unternehmern provoziert und wenn man alle Vertragsbrüche der Arbeitgeber zählen wollte, läme eine viel größere Zahl heraus.

Schuster-München: Es sollte dahin gewirkt werden, daß möglichst nur gelernte Arbeiter an den Maschinen beschäftigt werden.

Börseberger-Jülich: Man darf nicht übersehen, daß die Metallarbeiter bei der Durchführung von Verbesserungen mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Bei der von uns verfolgten Vertragspolitik kommen uns manche günstige Momente zufluten. Es muß aber auch anerkannt werden, daß wir sehr tüchtige Kräfte in der Verbandsleitung haben. Notwendig ist es, daß den ungelerten Arbeitern in unseren Betrieben größere Beachtung geschenkt wird.

Gütler-Offenbach ist mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Die Taktik der Metallarbeiter wird beeinflusst durch die vielen ungelerten und unorganisierten Arbeiter, mit denen sie rechnen müssen. Wo sie es verkümmern, uns rechtzeitig von ihren Plänen in Kenntnis zu setzen, schädigen sie sich meist selbst. Wir müssen aber suchen eine Verbandsleitung mit dem Metallarbeiterverband herbeizuführen.

Nach der Mittagspause wird die Debatte fortgesetzt. Es sprechen noch die Kollegen Mühlbach-Frankfurt a. M., Bornmann-Bremen, Thielmann-Leipzig und Przhbil-Liegnitz. Abschluß wird ein Schlußantrag angenommen. In seinem Schlußwort bespricht Reumann noch einmal eingehend die Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen. Dann wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Verbandstag durchweg den Vorschlägen der Kommission folgt. Der Antrag des Gauwes-Breslau: „Bei Lohnbewegungen der großen Städte sind die Vororte derselben nach Möglichkeit mit einzubeziehen“, wird angenommen. Ebenso wird der nachstehende Antrag der Zahlstelle Bremen angenommen:

„Bei künftigen Tarifabschlüssen besonderen Wert auf die Entlohnung der ungelerten Arbeiter in den Betrieben zu legen, um zu erreichen, daß die Löhne den Wert der gelernten Arbeitskraft nicht verringern.“

Der folgende Antrag des Gautages Leipzig und ein ähnlicher der Zahlstelle Hannover:

„Den Verbandsvorstand zu beauftragen, eine Broschüre herauszugeben, welche eine Zusammenstellung der wichtigsten Entscheidungen der beiderseitigen Hauptvorstände sowie der zentralen Schlichtungskommission über Auslegung der Verträge enthält. Die Broschüre ist allen Verbandsfunktionären zuzustellen.“

Werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein Antrag der Zahlstelle Berlin findet in nachfolgender Fassung Annahme:

„Beim Abschluß von Tarifverträgen für solche Orte oder Firmen, die in größerem Maße in anderen Orten arbeiten ausführen lassen, ist darauf hinzuwirken, daß der Bedarf an Arbeitskräften am Montageort durch den dort von unseren Kollegen anerkannten Arbeitsnachweis gedeckt wird.“

Zwei Anträge von Berlin und dem Gautage Dresden, welche die Frage der Streikarbeit zum Gegenstand haben, werden durch den Briefwechsel für erledigt erklärt, welchen der Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit mit dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes gepflogen hat und der im Jahrbuch 1911 abgedruckt ist.

Ein Antrag Stuttgart wird in nachstehender Fassung angenommen:

„Bei künftigen Vertragsabschlüssen ist die Forderung zu erheben: Strenge Akkordtarife bilden einen Teil des Arbeitsvertrages und sind in der Werkstatte sichtbar anzuhängen.“

Alle anderen zu dem Punkte „Lohnbewegungen“ gestellten Anträge werden abgelehnt. Damit ist dieser Punkt erledigt und die Öffentlichkeit der Verhandlungen wird wieder hergestellt.

Nunmehr werden die folgenden Anträge aus der Vorlage zur Debatte gestellt:

„Gautage Dresden. Leistungsfähige Zahlstellen sind verpflichtet, einen höheren Beitrag als 50 Pfennig an die Hauptkasse zu berechnen. Ueber die Leistungsfähigkeit entscheidet der Vorstand im Einverständnis mit dem Gauvorstand nach Prüfung der Gesamtverhältnisse in der Zahlstelle.“

München. Der Verbandsvorstand hat die leistungsfähigen Zahlstellen festzusetzen und sind dieselben verpflichtet, am 1. Juli 1912 einen höheren Grundbeitrag an die Hauptkasse zu leisten.

Leipzig. Vom Verbandstag sind diejenigen Zahlstellen zu benennen, welche gemäß dem Beschluß des Münchener Verbandstages 1910 einen erhöhten Beitrag an die Verbandskasse zu leisten haben. Im Ablehnungsfalle gilt der Beschluß des Münchener Verbandstages, betreffend die höhere Belastung einzelner Zahlstellen für aufgehoben.

Reumann-Berlin berichtet über die Verhandlungen der vorbereitenden Kommission. Obwohl der Antrag, welcher die leistungsfähigen Zahlstellen verpflichtet, einen höheren als den Grundbeitrag an die Verbandskasse abzuführen, vom Münchener Verbandstag gegen nur neun Stimmen angenommen wurde, haben nur sehr wenige Zahlstellen diesem Beschluß Folge geleistet. Die Notwendigkeit, die Verbandskasse zu stärken, liegt aber vor, und es muß versucht werden, ihr weitere Mittel zuzuführen, ohne daß die Beiträge erhöht werden. Eine Aufhebung des Münchener Beschlusses ist angesichts des Umstandes, daß wir die Verträge kündigen wollen, unmöglich. Die Kommission hat verschiedene Wege zur Erreichung des erstrebten Zieles erwogen, am meisten Anklang hat dabei ein Vorschlag gefunden, die Höhe des Lokalbeitrages als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Zahlstellen anzunehmen. Auf dieser Grundlage sind mehrere Stufen ausgearbeitet worden, von denen die den größten Anklang gefunden hat, für je 5 Pf. Lokalbeitrag 1 Pf. an die Hauptkasse abzuführen, aber die Zahlstellen mit 5 und 10 Pf. von der Leistung dieser Abgabe zu entbinden. Zu einem festen Vorschlag ist die Kommission noch nicht gekommen; sie wünscht zunächst eine prinzipielle Entscheidung des Verbandstages über die Frage, auf welchem Wege die notwendige Stärkung der Verbandskasse herbeizuführen ist.

Berlin: Die auf den Gautagen vorgelegten Listen derjenigen Zahlstellen, die nach Ansicht des Vorstandes leistungsfähig sind, hat dort viel Widerspruch gefunden, daraus kann man schließen, daß es kaum möglich sein wird, auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen. Die Kommission war einmütig der Meinung, daß der Münchener Beschluß nicht fallen gelassen werden kann; es ist unbedingt nötig, der Verbandskasse Maßnahmen zuzuführen. In der Kommission ist auch der Gedanke erwogen worden, die Gehälter der Lokalbeamten auf die Verbandskasse zu übernehmen und die betreffenden Zahlstellen zu verpflichten, 10 Pf. pro Beitrag an die Hauptkasse abzuführen. Dieser Gedanke ist aber fallen gelassen worden. Der Verbandstag soll also entscheiden zwischen den Vorschlägen, ob die „Leistungsfähigen“ Zahlstellen zu benennen sind, oder ob die Leistungsfähigkeit nach der Höhe des Lokalbeitrages zu bemessen ist. Wird dem letzteren Vorschlag zugestimmt, dann wird die Kommission eine Skala vorschlagen.

München: Unsere örtlichen Verhältnisse machen die Ausführung eines höheren Beitrages unmöglich. Man darf aber auch nicht außer acht lassen, daß es kleine Zahlstellen gibt, die zwar keinen Lokalbeitrag erheben, aber doch als leistungsfähig angesprochen werden können.

München: Will auch seine Zahlstelle nicht als leistungsfähig gelten lassen. Die beste Lösung wäre eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche.

König (Hauptkassierer) bedauert, daß der Münchener Beschluß nicht so durchgeführt wurde, wie man erwartet hätte. Der Vorstand hat auf diesem Gebiete sein möglichstes getan, aber eine Verständigung mit den Zahlstellen auf schriftlichem Wege hat sich als undurchführbar erwiesen. Die meisten der in Betracht kommenden Zahlstellen haben ihre Leistungsfähigkeit bestritten. Redner verliest dann die Liste der nach Ansicht des Vorstandes leistungsfähigen Zahlstellen, die bereits auf den Gautagen bekanntgegeben wurde.

Wieninger-München: Unsere Hoffnung, daß viele Zahlstellen, unserm Beispiel, 60 Pf. an die Verbandskasse abzuführen, folgen werden, hat sich als irrig erwiesen. Die Verpflichtung muß jetzt schärfer gefaßt werden, sonst kann man es den opferwilligen Zahlstellen nicht zumuten, dauernd die einzigen zu sein, die zahlen. Der beste Weg ist eine Staffelung nach der Höhe des Lokalbeitrages.

Berlin: In Berlin wird gegenwärtig ein Beitrag von 1 Mk. gezahlt und jährlich zwei Extrabeiträge in gleicher Höhe. Im Effekt ist das ein Wochenbeitrag von 1,05 Mk. Hieron werden 50 Pf. an die Hauptkasse abgeführt und 47 Pf. werden für Verwaltungskosten und lokale Unterstufungen verbraucht. Trotz der großen Summen, mit denen Berlin rechnet, ist es also unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage, einen höheren Beitrag abzuführen. Wenn die Vertragskündigung herannahet, werden die Berliner Kollegen ohne Widerspruch höhere Beiträge leisten, augenblicklich wäre eine Beitragserhöhung bedenklich.

Hannover: Wir sind dafür, daß die Hauptkasse gestärkt wird und halten eine prozentuale Besteuerung der Lokalbeiträge für den richtigen Weg, wenn deshalb auch manche lokalen Unterstufungen reduziert werden müßten. In manchen Zahlstellen werden jetzt Unterstufungen gezahlt, die in keinem rechten Verhältnis zu den Beiträgen stehen.

München: Mein Optimismus bezüglich des Münchener Beschlusses ist sehr herabgestimmt worden. Mit allen gegen 9 Stimmen ist jener Beschluß gefaßt worden, jetzt kommen die Berliner und sagen, man möge ihnen Zeit lassen. In den zwei Jahren nach dem Münchener Verbandstag war doch Zeit genug, die Durchführung des Beschlusses vorzubereiten. Es hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen, daß der Vorstand erklärte, alle Verträge sollen gekündigt werden. Die Konsequenz muß aber sein, daß nun auch die Verbandskasse entsprechend gestärkt wird. Man kann die misslichen Verhältnisse, in denen Berlin sich befindet, verstehen, aber unter dem Zug zur Großstadt hat nicht Berlin allein, sondern in entsprechenden Verhältnis haben auch die anderen Großstädte darunter zu leiden. Die Bemessung der Leistungsfähigkeit nach der Höhe des Lokalbeitrages ist ein gerechtes System.

Damit schließt die Sitzung. Am vierten Sitzungstag

wird um 8 Uhr begonnen und die Debatte fortgesetzt.

Stuttgart: Man sollte Zahlstellen, die bis 70 Pf. Gesamtbeitrag erheben, freilassen, im übrigen aber die Beitragshöhe als Maßstab für die Leistungsfähigkeit annehmen. Stuttgart hat einen besonderen Beitrag noch nicht abgeführt, wird sich aber einem gerechten Beschluß gern fügen.

Hannover: Die von dem Münchener Beschluß erwartete Besserung der Finanzlage des Verbandes ist nicht eingetreten. Der Vorschlag, für je 5 Pf. Lokalbeitrag 1 Pf. an die Hauptkasse abzuführen, ist gangbar, und die Delegierten aus dem Gau Hannover sind einmütig der Meinung, daß diesem Vorschlage beigetreten werden kann.

Bremen: Der Zahlstelle Bremen war es nicht möglich, einen höheren Beitrag abzuführen, da sie sonst mit Zeit gearbeitet hätte. Der Vorschlag der Kommission ist eine Konzeption an die Staffelleitungen. Die prozentuale Besteuerung nach der Höhe des Lokalbeitrages ist nicht gerecht. Richtiger wäre es, zu beschließen, daß alle Zahlstellen, die mehr als 60 Pf. Gesamtbeitrag erheben, 55 Pf. an die Hauptkasse abzuführen haben.

Magdeburg: Unsere Zahlstelle hatte vom Streik her eine große Schuldenlast, zu deren Deckung der Beitrag auf 1 Mk. erhöht wurde. Wenn wir schon einen höheren Beitrag für die Verbandskasse beschließen, dann scheint mir der Vorschlag Ablehners der zweckmäßigste.

Braunschweig: Die Lokalstellen müssen ebenso wie die Hauptkasse gestärkt werden, sie haben, zumal in den Großstädten, große Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn wir zu einer Staffelung der Zahlstellen kommen, dann sollten auch die mit einem Beitrag von 65 Pf. mitgezogen werden. Man braucht sich auch nicht an den Vorbehalt 1 Pf. pro 5 Pf. Lokalbeitrag zu halten, sondern man kann den höheren Lokalbeiträgen eine höhere Abgabe erheben.

Berlin: Man darf nicht sagen, Berlin wolle keinen höheren Beitrag leisten, es ist dazu tatsächlich außerstande. Wir wollen aber nach Kräften zur Stärkung der Verbandskasse beitragen. Grundsätzlich können wir aussprechen, daß die Lokalstellen mehr als bisher für die Verbandskasse leisten müssen.

Wieninger: Der gerechteste Weg ist die Bemessung des abzuführenden Beitrags nach der Höhe des Lokalbeitrages.

Wieninger: Angesichts der bevorstehenden Tarifbewegung macht es keinen guten Eindruck, wenn die Zahlstellen erklären, nicht in höherem Maße zur Stärkung der Verbandskasse beitragen zu können. Diese angebliche Leistungsunfähigkeit ist eine Folge der vielfach zu hoch bemessenen Lokalbeiträge zu den Unterstufungen. Wir sind alle einig darin, daß die Verbandskasse höherer Mittel bedarf; folglich haben wir die Pflicht, ihr höhere Einnahmen zu bewilligen.

Wieninger: Die hier eingeschlagene Finanzpolitik gefällt mir nicht. Die lokalen Mittel sollten nur im Notfall in Anspruch genommen werden. Gerecht wäre es zu sagen, pro 5 Pf. Lokalbeitrag ist 1 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Die großen Zahlstellen sagen aber, das ginge nicht. Da wird es wohl am besten sein, den Vorstand zu beauftragen, zum nächsten Verbandstag eine Vorlage für Staffelleitungen auszuarbeiten und ihn zu ermächtigen, bei Bedarf Extrabeiträge anzuschreiben.

Schnabel: Die Hauptkasse muß gestärkt werden, das steht fest. Von den Vorschlägen, die gemacht sind, ist der, 1 Pf. pro 5 Pf. Lokalbeitrag abzuführen, der beste, gerecht ist er aber nicht.

Berlin: erklärt, daß seine Zahlstelle nicht als leistungsfähig betrachtet werden könne.

Schneider: Die Größe der Zahlstelle ist an sich kein Maßstab für ihre Leistungsfähigkeit aber notwendig ist es, daß die größeren Zahlstellen mehr Idealismus zeigen.

Schäbiger: Unsere Zahlstelle wird sich damit einverstanden erklären, daß 1 Pf. pro 5 Pf. Lokalbeitrag abgeführt wird.

König (Hauptkassierer): Es handelt sich darum, wie wir die Kollegen am leichtesten dazu bringen, daß sie einen höheren Beitrag an die Verbandskasse abführen. Wir haben versucht, dem Münchener Beschluß Geltung zu verschaffen, aber einen ersten Anlauf konnten wir nicht ausüben. Die ungünstigen Verhältnisse in Berlin müssen anerkannt werden, man wird aber auch hier einen Weg finden, den Anforderungen der Verbandskasse gerecht zu werden. Man kann nicht sagen, daß es sich um eine Beitragserhöhung handle. Die starke Zunahme der Lokalstellenbeweise beweist, daß an vielen Orten die Ausführung eines höheren Beitrages möglich ist, ohne daß deshalb der Beitrag der Mitglieder erhöht werden müßte.

Königsberg: Eine allgemeine Beitragserhöhung ist nicht durchführbar, aber der Hauptkasse müssen höhere Mittel zugeführt werden. Der Vorstand sollte die leistungsfähigen Zahlstellen gemeinsam mit den Gauvorständen feststellen.

Die Debatte wird geschlossen. Bei der Abstimmung handelt es sich vorerst nur um die Frage, ob die Zahlstellen nach Maßgabe ihres Lokalbeitrages höhere Beiträge an die Hauptkasse abzuführen haben. Dieser Grundsatz wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist Die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe.

Neumann: als Referent eröffnete zunächst die hohe kulturelle Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen und gab dann eine geschichtliche Uebersicht über die Bestrebungen der Tischler und Holzarbeiter Deutschlands zur Verkürzung der Arbeitszeit. Eingehend beschäftigte er sich dann mit der Geschichte der Kämpfe um die Arbeitszeitverkürzung in Berlin. Im ganzen Reich ist es durch die Kämpfe des Holzarbeiterverbandes um die Arbeitszeitverkürzung jetzt so weit gekommen, daß die in 933 Tarifverträgen für 131 416 Beschäftigte festgelegten Arbeitszeiten im Durchschnitt 53,7 Stunden die Woche ausmachen. Dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes ist in der vorigen Woche vom Arbeiterschutzverband offiziell mitgeteilt worden, daß man beschlossen habe, an der Regelung der Arbeitszeit auf zentraler Grundlage festzuhalten und noch in diesem Sommer eine Konferenz der Hauptvorstände beider Parteien unter Teilnahme der zentralen Schiedskommission abzuhalten wünscht, um diese generelle Regelung vorzunehmen. Auf die Frage, ob man dabei auch an eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit denke, wünschte Herr Mahardt keine Auskunft zu geben. Die Konferenz soll im August stattfinden. Der Redner bemerkt hierzu, daß man der Konferenz nicht optimistisch gegenüberstehen könne und erst sehen müsse, ob man dort den Interessen der Mitglieder gerecht werden könne. Seltens des Holzarbeiterverbandes hat man sich bereit erklärt, an der Konferenz teilzunehmen. Ueber die Regelung der Arbeitszeit an sich hebt der Redner noch besonders hervor, daß die Einführung des freien Sonnabendnachmittags, wie es der Metallarbeiterverband verlangt, nicht im Interesse der Holzarbeiter liegt, weil dadurch ein Hindernis auf dem Wege zum Achtstundentag geschaffen werde. Wo der freie Sonnabendnachmittag besteht, habe es sich gezeigt, daß dadurch einer weiteren Verkürzung der täglichen Arbeitszeit entgegenwirkt werde. Der Redner schloß seinen Vortrag mit den Worten: Seid eingedenk, daß eine Verbesserung eurer Lage, ein Aufstieg in materieller und geistiger Hinsicht, nur möglich ist, wenn Ihr den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung mit aller Kraft führt, und prägt den Kollegen überall ein, daß der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit nicht ruhen darf! (Lebhafte Beifall.)

Hierzu liegt folgende vom Referenten eingebrachte Resolution vor:

Die fortschreitende Vervollkommenung der Maschinentechnik in der Holzbearbeitung, die Spezialisierung der Arbeitsmethoden, das zunehmende Umsichgreifen der Teilarbeit und des Akkordsystems führen zu immer größerer Intensität der Arbeit und bedingen dadurch eine

höhere Ausbeutung der Arbeitskraft verbunden mit einer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit.

Neben den Gründen hygienischer Art, die zur Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit des Arbeiters eine mögliche Beschränkung der Arbeitsdauer in allererster Linie erfordern, gilt es für die in der Holzindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen als ein Gebot der Selbsterhaltung, eine der modernen Produktionsentwicklung entsprechende systematische Verkürzung der Arbeitszeit auch fernerhin zu erstreben.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die Verkürzung der Arbeitszeit als die wichtigste Aufgabe des Verbandes und betont insbesondere, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die neunstündige Arbeitszeit als die höchstzulässige Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe bezeichnet werden muß, während in den größeren Städten entsprechend ihrer räumlichen Ausdehnung die Arbeitszeit in dem gleichen Verhältnis wie bisher eine beträchtlich kürzere sein muß.

Zu dem unerlässlich wieder von den beiderseitigen Zentralvorständen erwogenen Plan, eine Klasseneinteilung der Städte vorzunehmen und danach die Arbeitszeit generell für die nächsten Jahre festzulegen, erklärt der Verbandstag wiederholt seine Zustimmung und ermächtigt den Vorstand, eventuell die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Der Verbandstag erklärt ferner, daß das Bestreben des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei der Verkürzung der Arbeitszeit dahin gerichtet ist, nicht nur die wöchentliche, sondern die tägliche Dauer der Arbeitszeit einzuschränken. So lange die tägliche Arbeitszeit noch mehr als acht Stunden beträgt, kann eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit durch Einführung des freien Nachmittags am Sonnabend nicht als den Bestrebungen des Verbandes und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechend anerkannt werden. Der Verbandstag verpflichtet vielmehr die Mitglieder, die bei den Lohnbewegungen durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit jeweils auf die sechs Arbeitstage der Woche zu verteilen, um dadurch der praktischen Durchführung des Achtstundentages immer näher zu kommen.

Die Diskussion über das Referat und die Resolution wird auf Freitag vertagt. Nachmittags fällt die Sitzung aus, da der Verbandstag einer Einladung der Berliner Kollegen zu einer Dampferpartie nach der Oberspree Folge leistet.

Fünfter Sitzungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung erhält das Wort

Schneppenhorst-Nürnberg: Er wendet sich gegen die im letzten Abhat der Resolution niedergelegte Auffassung. Die Einführung des freien Sonnabendnachmittags verleihe nicht gegen die Grundsätze der Arbeiterbewegung. Trete doch auch die Reichstagsfraktion sowie die bayerische Landtagsfraktion (der der Redner angehört) für diese Forderung ein. In Nürnberg haben rund 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie den freien Sonnabendnachmittag vertraglich festgelegt, und sie seien sehr froh darüber und würden diesen Vorteil nicht wieder preisgeben. Der Redner macht den Vorschlag, daß eine Kommission vom Verbandstag zur Ausarbeitung einer Denkschrift über den freien Sonnabendnachmittag eingesetzt werde.

Schröder-Düsseldorf: ist im Prinzip dafür, daß man von dem freien Sonnabendnachmittag Abstand nimmt und auf jeden Fall das Hauptgewicht auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit legt. Redner erklärt sich für die Resolution, wünscht jedoch die Aenderung, daß der freie Sonnabendnachmittag schon bei 8 1/2stündiger täglicher Arbeitszeit angestrebt werden kann.

Mayer-Fürth: erklärt, daß der freie Sonnabendnachmittag von großem Vorteil für die Arbeiter und Arbeiterinnen sei. Er ist durch Vertrag in Fürth eingeführt. Man freute sich die ganze Woche darauf, und diese Einrichtung sei auch z. B. deswegen von Wert, weil man dadurch in Stand gesetzt werde, größere Ausflüge zu machen, und einen Ersatz für Ferien habe.

Schleicher-Stuttgart: wendet sich entschieden gegen die Auffassung von Schneppenhorst und Mayer. Es komme vor allem auf die Verringerung der täglichen Arbeitszeit an, namentlich auch mit Rücksicht auf die Unfallgefahr, die ja unter den Maschinenarbeitern so ungeheure Opfer fordere. Redner bespricht dann die Vorgänge in einer Stuttgarter Kasserierfabrik, wo, besonders auf Verreiben der Metallarbeiter, die Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden täglich verlängert und dafür der freie Sonnabendnachmittag eingeführt wurde, und zwar im Widerspruch zu dem für die Kasserierfabriken geltenden Tarifvertrag. Die Lokalverwaltung hat sich bemüht, die Kollegen davon zu überzeugen, daß ihr Verhalten gegen die Grundsätze des Verbandes verstößt, aber vergeblich. Es ist nun ein Ausschlußantrag gegen diese Mitglieder gestellt worden, den aber der Vorstand abgelehnt hat; dadurch hat er uns in eine Sackgasse gebracht.

Beipart führt aus, daß die Vorgänge in Stuttgart wesentlich dazu beitragen, daß der Punkt: Die Regelung der Arbeitszeit, auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt wurde. Der Vorstand mißbilligt das Verhalten der Kollegen in Stuttgart mit aller Entschiedenheit und schlägt folgende Erklärung dem Verbandstage zur Annahme vor:

„Das Verhalten der Mitglieder in Stuttgart, welche zugunsten des freien Sonnabendnachmittags in eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit einwilligt haben, ist billigt der Verbandstag mit aller Entschiedenheit, weil damit unser Kampf um weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in hohem Maße erschwert wird. Da das Vorgehen der betreffenden Mitglieder zugleich einen Bruch des vom Verband in ihrem Namen und mit ihrer Zustimmung abgeschlossenen Tarifvertrages bedeutet, muß der Verbandstag die Haltung dieser Mitglieder um so mehr verurteilen, als es dem Verband durch ein solches Verhalten in der Zukunft unmöglich gemacht wird, die ihm obliegende moralische und rechtliche Verantwortung für die Durchführung und Aufrechterhaltung der abgeschlossenen Tarifverträge zu tragen. Der Verbandstag betont mit Nachdruck, daß Verträge, die

im Namen des Verbandes abgeschlossen sind, von den beteiligten Mitgliedern als unabweislich angesehen und in allen Punkten streng eingehalten und vertreten werden müssen, und daß Mitglieder, die sich trotz Ermahnung weigern, für die Einhaltung und Durchführung der Verträge einzutreten, mit solcher Haltung in größter Weise gegen die Interessen des Verbandes verstoßen.

Der Vorstand hat dem Kollegen Neumann Auftrag erteilt, gleich nach dem Verbandstage nach Stuttgart zu reisen, um die betreffenden Kollegen auf gutlichem Wege für die Wiedereinführung der vertragsmäßigen Arbeitszeit zu gewinnen. Sollte der Versuch fehlschlagen, so wird der Vorstand über den Ausschlußantrag entscheiden.

Schneppenhorst hat mit großem Nachdruck betont, daß der Vertrag für die Nürnberger Bleistiftindustrie mit Zustimmung des Vorstandes abgeschlossen sei. Der Vorstand kommt aber manchmal in die Lage, einem Verträge zuzustimmen, mit dem er nicht völlig einverstanden ist. Das gilt auch für den Nürnberger Vertrag. Bei der Frage des freien Sonnabendnachmittags handelt es sich um eine Frage, die noch nicht ausreichend diskutiert ist, und über die deshalb noch große Meinungsverschiedenheiten herrschen. Die Frage hat mit der Zunahme der Frauenarbeit nichts zu tun. Die Frau, die die Hausarbeit zu besorgen hat, muß um so entschiedener für den Achtstundentag eintreten. Die Ablehnung des freien Sonnabendnachmittags, wie sie in der Resolution dargestellt ist, sei keineswegs eine prinzipielle, sondern vielmehr eine taktische Maßnahme. Selbstverständlich sei man durchaus nicht gegen den freien Sonnabendnachmittag, man müsse aber vor allem für die Verfürgung der täglichen Arbeitszeit sorgen.

Schneidewitz berichtet, daß in Zeitz, wo seinerzeit in der Kinderwagenindustrie nach einem verlorenen Streit der freie Sonnabendnachmittag eingeführt wurde, inzwischen die Arbeiter daselbst ebenfalls erstrebt und erreicht haben, aber auch auf Kosten einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 9 auf 10 Stunden. Der Medner verweist das entschieden und bemerkt, daß die Erklärung des Vorstandes auch für Zeitz Geltung habe.

Wiemann-Eberfeld: Wir hätten diese Frage schon früher in Angriff nehmen sollen. In Warmen ist bei der freien Sonnabendnachmittags eingeführt worden. Es wäre zu wünschen, daß sich auch die dortigen Kollegen die Erklärung des Vorstandes zu Gemüte führen.

Ruls-Essen: Der Vorstand sollte beim Abschluß von Verträgen vermeiden, daß die Arbeitszeit für eine längere als die Vertragszeit festgelegt wird.

Blömmer-Düsseldorf: Das Ueberstundenwesen muß entschieden bekämpft werden.

Es ist ein Antrag Schneppenhorst eingegangen, im letzten Absatz der Resolution Neumann den vorletzten Satz: „Solange die tägliche Arbeitszeit usw.“ durch folgende Worte zu ersetzen:

„An die Einführung des freien Sonnabendnachmittags kann ernstlich erst herangetreten werden, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße vermindert ist.“

Marie Ammon-Münster: Die freien Sonnabendnachmittags im Interesse der Arbeiterinnen für außerordentlich wertvoll. Er gebe den Frauen Zeit, ihren Haushalt zu versorgen. Wenn Leipzig nach Münster komme, werde er mit seiner Auffassung bei den Arbeiterinnen auf größtes Widerstand stoßen.

Müller-München: Der Verbandstag sollte diese Gelegenheit benutzen, um zur ungeteilten Arbeitszeit Stellung zu nehmen.

Schneppenhorst-Münster: Die erwerbstätigen Frauen sind auch bei achtstündiger Arbeitszeit kaum imstande, die Hausarbeit so zu besorgen, daß sie den Sonntag frei haben, es ist deshalb nicht richtig, wenn wir uns mit solcher Schärfe gegen den freien Sonnabendnachmittag wenden. Auch die Auffassung trifft nicht zu, daß durch diese Einrichtung die Bestrebungen zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit abgeschwächt werden.

Hillemeyer-Bremen: Die in der vorgelegten Resolution ausgesprochenen Gedanken müssen uns als Nichtschwerdienen. Voraussetzungsweise wird der freie Sonnabendnachmittag auch in Wäld in den Stuhlrohrsfabriken aktuell werden. Es ist nicht richtig, wenn die Frauen ihre Hausarbeit auf den Sonnabendnachmittag zusammendrängen. — Nachdem sich noch

Sigund-Karlsruhe entschieden für die Resolution und gegen den freien Sonnabendnachmittag ausgesprochen, wird die Debatte geschlossen. In seinem Schlusswort betont

Neumann, daß die Resolution keinen Tadel für frühere Vorkommnisse enthalte, sondern lediglich Richtlinien für die Zukunft festlegen wolle. Der Vorstand legt großen Wert darauf, in dieser Frage eine einmütige Kundgebung des Verbandstages herbeizuführen, deshalb akzeptiert er die von Schneppenhorst vorgeschlagene Änderung der Resolution.

Mit dieser Abänderung wird sodann die Resolution einstimmig angenommen. Ferner gibt der Verbandstag einstimmig seine Zustimmung zu einer Erklärung, die besagt, daß der Verbandstag einmütig auf dem Standpunkt stehe, daß die Ueberzeitarbeit aufs schärfste bekämpft werden muß.

Die Erklärung zu der Stuttgarter Angelegenheit wird einstimmig angenommen. Dazu wird dann noch folgender Zusatz beschlossen:

„Der Verbandstag erwartet, daß die Kollegen in Stuttgart ihren die Organisation schädigenden Standpunkt revidieren und die vertragsmäßige Arbeitszeit sofort wieder einführen.“

Mit der Annahme der Resolution sind auch die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge erledigt.

Nunmehr wendet sich der Verbandstag wiederum der Beitragsfrage zu.

Leopold-Berlin berichtet über das Ergebnis der neuen Kommissionsverhandlungen. Die Kommission empfiehlt, den Münchener Verbandstagsbeschluss in der Weise durchzuführen, daß die Zahlstellen, wo Lokalbeiträge von 10 Pf. und darüber erhoben werden, von je 5 Pf. Lokalbeitrag einen Pfennig an die Hauptkasse abzuführen haben, so daß also bei einem Gesamt-

beitrag von 70 Pf. im ganzen 52 Pf. abzuführen sind, bei 75 Pf. 58 Pf. usw. Zahlstellen mit 1 Mk. Gesamtbeitrag haben danach 58 Pf. pro Mitglied und Woche der Hauptkasse zu überweisen.

Schönenberger-Schweningen: Durch den Vorschlag der Kommission werden die großen Zahlstellen von der Verpflichtung, die ihnen der Münchener Beschluss auferlegt, entbunden. Statt 10 Pf. brauchen sie nur noch 8 Pf. Extrabeitrag an die Hauptkasse abzuführen. Nichtig wäre es, Beiträge bis zu 70 Pf. freizulassen. Bei 75 Pf. sollten 3, bei 80 und 85 Pf. Beitrag 5, bei 90 Pf. 8 und bei 100 Pf. Beitrag 10 Pf. an die Hauptkasse abgeführt werden.

Hillemeyer-Bremen wiederholt seinen bereits gemachten Vorschlag, wonach alle Zahlstellen mit 70 Pf. Gesamtbeitrag und mehr gleichmäßig 5 Pf. pro Beitrag abzuführen.

Vauer-Magdeburg: Der Vorschlag der Kommission geht nicht weit genug. Auch Zahlstellen mit 65 Pf. Beitrag sollten mit 1 Pf. herangezogen werden; der Satz müßte dann so gesteigert werden, daß bei 85 Pf. und mehr 10 Pf. abzuführen sind.

Märzberger-Fürth: Nachdem die Progression beschlossen ist, können wir sie jetzt nicht mehr verwerfen, es ist aber nicht richtig, die Beitragshöhe als Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Zahlstelle anzunehmen. In der Nachmittagsitzung erklärt sich

Daß-Stralsund für den Kommissionsantrag. In den kleinen Zahlstellen legt die Beschaffung von Versammlungsorten den Lokalkassen große Verpflichtungen auf. Neuh-Ulm erklärt sich für den Kommissionsantrag. Die großen Zahlstellen sollten sich gegen seine Annahme nicht sträuben, sondern eher erklären, daß sie statt der geforderten 8 Pf. 10 Pf. an die Hauptkasse abzuführen bereit sind.

Neumann erkennt an, daß die Durchführung des Münchener Beschlusses in einigen großen Städten nicht am Mangel an gutem Willen, sondern an der Schwierigkeit der Verhältnisse gescheitert sei. Insbesondere trifft dieser Grund für Berlin zu. Es haben sich aber auch eine Menge von Zahlstellen der Verpflichtung entzogen, die sie leicht hätten erfüllen können. Jetzt muß die Verpflichtung fester umschrieben werden, wenn wir eine Beitragserhöhung vermeiden wollen. Der Kommissionsantrag geht eigentlich nicht weit genug. Die Zahlstellen, die jetzt 10 Pf. abführen, haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie dazu imstande sind. Es liegt daher kein Grund vor, ihren Beitrag zu ermäßigen. Jedenfalls sollten wir einen Beschluss fassen, der seine Wirkung nach außen nicht verfehlt.

König-Hamburg empfiehlt den Antrag der Kommission. Diese sieht übrigens auf dem Standpunkt, daß in den Fällen, wo eine Zahlstelle aus besonderem Anlaß zeitweilig einen außerordentlich hohen Beitrag erhebt, diese Mehrleistung der Mitglieder von der Steuer frei bleibt.

Stöckel-Berlin erklärt, daß die Berliner Delegierten grundsätzlich dafür seien, daß bei Mehrbedarf an Mitteln der Beitrag zur Hauptkasse auf der ganzen Linie erhöht werde, daß sie aber nach Würdigung der ganzen Verhältnisse beschlossen hätten, für den Kommissionsantrag einzutreten, obwohl der Zahlstelle Berlin dadurch große Opfer auferlegt würden. Die Berliner wollten dadurch von neuem beweisen, daß sie jederzeit bereit sind, dem Verband gegenüber ihre Solidarität und Opferwilligkeit kundzutun.

Rehfeldt-Mannheim: Die Beitragspflicht sollte schon bei einem Lokalbeitrag von 5 Pf. beginnen, denn es gibt unter den Zahlstellen mit so niederm Beitrag viele leistungsfähige.

Pflieger-Stuttgart empfiehlt den Kommissionsantrag. Die Stuttgarter Kollegen zahlen nicht gern hohe Beiträge, aber wenn die Notwendigkeit hierzu vorliegt wie jetzt, werden sie gern ihre Pflicht erfüllen.

Unsrcht-Götha ist ermächtigt, namens der Delegierten aus dem Gau Erfurt, die fast durchgängig kleine Zahlstellen vertreten zu erklären, daß sie nicht nur mit dem Antrage der Kommission einverstanden sind, sondern auch damit einverstanden wären, wenn beschlossen würde, auch die Zahlstellen mit einem Beitrag von 65 Pf. zu der Steuer heranzuziehen. Es gilt dem Arbeitgeber-Schutzbund zu zeigen, daß uns für die Wahrung unserer Interessen kein Opfer zu groß ist.

Die Debatte wird geschlossen. Der Kommissionsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 155 gegen 19 Stimmen angenommen und damit zugleich auch folgende Erklärung der Kommission gutgeheißen:

„Werden Zahlstellen durch hohe Kosten bei Streiks oder Auspörlungen genötigt, vorübergehend ihren Lokalbeitrag um mehr als 10 Pf. zu erhöhen, so soll dieser erhöhte Betrag von der Berechnung des an die Verbandskasse abzuführenden Beitrages ausgenommen werden.“

Zur Verhandlung kommt dann: Die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe.

Leipart weist als Referent auf die große Bedeutung des vorjährigen Kampfes in Hamburg hin, in welchem die Frage der Arbeitsvermittlung eine bedeutende Rolle gespielt hat. Die im letzten Jahrbuch veröffentlichten Ergebnisse der vom Verbandsvorstand veranfaßten Erhebungen über die Arbeitsvermittlung in der Holzindustrie zeigen, daß die Arbeitsvermittlung in den meisten Städten noch völlig unregelt ist. In der Stellung der Gewerkschaften zur Frage des Arbeitsnachweises ist, wie die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zeigen, eine durchgreifende Wandlung eingetreten. In der Metallindustrie und im Baugewerbe haben die Unternehmer den Arbeitsnachweis vielfach an sich gerissen und die Arbeitsnachweiskeit zu Maßregelungsbureaus ausgebaut. Auch in der Holzindustrie hat es Kämpfe um den Arbeitsnachweis gegeben, aber die Entwicklung, welche die Dinge genommen haben, gibt uns die Gewißheit, daß bei uns der paritätische Arbeitsnachweis das Ziel sein wird. Eingehend bespricht der Medner die Einwände, die gegen das Obligatorium des paritätischen Arbeitsnachweises erhoben werden. Kämpfe um das Obligatorium des Arbeitsnachweises wurden schon im

Mittelalter mit großer Heftigkeit geführt, was Medner mit Zitaten aus alten Urkunden belegt. Allerdings wurde das Obligatorium damals im Interesse der Meister verfolgt. Die engen Beziehungen, die zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsnachweiskeit bestehen, berechtigen zu der Annahme, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung vielleicht früher erfolgen dürfte, als mancher annimmt. Wir müssen deshalb danach streben, daß sich die Gewerkschaften auf die bestehenden Arbeitsnachweise einen dominierenden Einfluß verschaffen, mit welchem der Gesehgeber rechnen muß und den man nicht mehr nehmen kann. In der Frage der Arbeitsvermittlung haben wir vieles verdammt, was wir nunmehr energisch gutmachen müssen. Der Referent empfiehlt am Schlusse seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages die Annahme der nachfolgenden

Resolution betr. Arbeitsnachweis.

Die Notwendigkeit der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge, die bereits mehr und mehr das öffentliche Bewusstsein befruchtet, zwingt die Gewerkschaften, der Arbeitsvermittlung als dem wichtigsten Teil der Arbeitslosenfürsorge mehr als je ihr Augenmerk zu schenken. Um so mehr, als von der Regelung der Arbeitsvermittlung auch der materielle Erfolg aller Bestrebungen der Gewerkschaften, die auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet sind, in hohem Maße abhängig ist. Ohne Arbeitsnachweise lassen sich die errungenen Vorteile, selbst wenn sie durch Tarifverträge gesichert sind, viel schwerer aufrechterhalten, weil sie durch das regellose Arbeitsangebot der widerstandsunfähigen Arbeitslosen täglich in Gefahr gebracht werden.

Der Verbandstag verpflichtet aus diesen Gründen alle Verbandsmitglieder, die Regelung der Arbeitsvermittlung überall und mit allen Kräften zu unterstützen und bei Arbeitslosigkeit selbst die bestehenden Arbeitsnachweise in jedem Falle zu benutzen. In Orten, in denen Arbeitsnachweise noch nicht bestehen, sind solche einzurichten.

Die paritätische Grundlage des Arbeitsnachweises erkennt der Verbandstag nach wie vor als richtig an und beauftragt die Lokalverwaltungen, nach Möglichkeit auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise für die Holzindustrie hinzuwirken, die in Städten mit kommunalen oder sonstigen öffentlichen Arbeitsnachweisen diesen als besondere Facharbeitsnachweise angegliedert werden können.

Für die paritätischen Arbeitsnachweise betont der Verbandstag wiederholt die Notwendigkeit des Obligatoriums. Wird ein Arbeitsnachweis von Arbeitgeber und Arbeiter gemeinschaftlich errichtet und unterhalten, so muß auch für alle Angehörigen beider Parteien die Pflicht bestehen, sich nur dieses Arbeitsnachweises zu bedienen. Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises ist einer Verletzung des Tarifvertrages gleich zu erachten. Hierbei bringt jedoch der Verbandstag gleichzeitig zum Ausdruck, daß auch bei der Vermittlung nach der Reihenfolge selbstverständlich das Hauptgewicht darauf zu legen ist, den rechten Mann an den rechten Platz zu vermitteln, so daß den berechtigten Wünschen beider Teile in weitestem Maße Rechnung zu tragen ist.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis ohne Obligatorium, dessen Benutzung ganz in das Belieben des einzelnen Arbeitgebers und Arbeiters gestellt ist, kann nicht als eine gesunde und dem Frieden dienende Regelung der Arbeitsvermittlung angesehen werden. Solange die Arbeitgeber nicht zur Errichtung obligatorischer paritätischer Arbeitsnachweise bereit sind, muß in den betreffenden Städten der eigene Arbeitsnachweis des Verbandes mit allen Mitteln gefördert werden.

Der Verbandstag beschließt, von einer Diskussion über den Vortrag abzusehen. Die Resolution wird einstimmig angenommen und gleichzeitig wird beschlossen, die Referate über die Arbeitszeit und über die Arbeitsvermittlung in Broschürenform herauszugeben.

Mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage beschließt der Verbandstag, nachdem er am Freitag bis 7 1/2 Uhr gefast, noch eine Abend Sitzung abzuhalten. In derselben werden die zum Statut gestellten Anträge beraten.

M. Leopold-Berlin berichtet über die Arbeiten der vorbereitenden Kommission, und in fast allen Fällen beschließt der Verbandstag entsprechend den gemachten Vorschlägen. Angenommen wurde der Antrag von Berlin und dem Gauag Breslau, im § 12 des Statuts hinter die Worte „weibliche Mitglieder“ einzufügen; und jugendliche unter 17 Jahren.

Der bei dieser Gelegenheit gestellte Antrag, die Altersgrenze auf 18 Jahre hinaufzusetzen, wurde abgelehnt. Auch der Antrag, der von Oßberghaus und dem Gauag Dresden gestellt war:

Unterstützungsberechtigte jugendliche Mitglieder, welche als volljährige Mitglieder umgeschrieben werden, behalten ihre bereits erworbenen Rechte, bis ihnen eine höhere Unterstützung zusteht.

find Annahme. Dagegen wurden alle Anträge abgelehnt, welche für alte und minderleistungsfähige gewordene Mitglieder eine Ermäßigung der Beitragspflicht verlangten. Seine Geneigtheit, diesen Dingen näher zu treten, bewies der Verbandstag jedoch durch die Annahme des folgenden Antrages vom

Gauag Erfurt: Den Hauptvorstand zu ersuchen, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu machen, inwiefern den älteren, minderleistungsfähigen Kollegen die Beiträge erniedrigt werden können.

Der nachstehende Antrag

Leipzig: Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, in Verfolg der von demselben veranfaßten Erhebungen über die bestehenden Unterstützungsanstaltungen der Lokalkassen geeignete Grundlagen für die Verwendung dieser Gelder aufzustellen,

wird durch eine längere Erklärung des Verbandsvorstandes erledigt, die auf Herabsetzung übertrieben hoher Unterstützungen aus den Lokalkassen der Zahlstellen gerichtet ist. Insbesondere wird den Zahlstellen empfohlen, von der Gewährung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung während der Karenzwoche Abstand zu nehmen; auch sollte

vermiehen werden, zu dem vom Verband gewährten Sterbegeld einen Zuschuß aus der Lokalkasse zu gewähren.

Den Antrag, die Reiseunterstützung nur nach Tagen à 1 Mk. unter Vorfall der Kilometerberechnung zu bemessen, hatte die Kommission empfohlen, aber zugleich vorgeschlagen, zu beschließen, daß 2 Mk. nur nach Zurücklegung von 50 Kilometer und 3 Mk. nur nach Zurücklegung von 75 Kilometer seit der Erhebung der letzten Unterstützung zurückgelegt sind.

Alle Anträge, welche auf eine Abänderung der Paragraphen des Statuts abzielen, die sich mit der Arbeitslosen-, Kranken- und Streikunterstützung betreffen, wurden abgelehnt. Nur in den § 71 des Statuts, welcher die Gemahregelungen unterstützung betrifft, wurde eine Einkürzung beschlossen, wonach Mitglieder, welche infolge ihres Eintretens für vom Verband anerkannte Arbeitsbedingungen arbeitslos werden, als Gemahregelte unterstützt werden können, sofern der Verwaltung vor dem Verlassen der Arbeit Gelegenheit zur Verhandlung mit dem Arbeitgeber gegeben wurde.

Der § 78 des Statuts erhielt auf Antrag des Verbandsvorstandes folgende Fassung:

Beim Ableben eines ledigen Mitgliedes, welches Erwärter von Angehörigen war und mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann den betroffenen Angehörigen eine Unterstützung in Höhe von 25 Mk. gewährt werden.

Es handelt sich hierbei lediglich um eine redaktionelle Veränderung, ebenso wie bei dem § 81 des Statuts, der ebenfalls auf Antrag des Verbandsvorstandes folgenden Wortlaut erhält:

Die Unterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied an dem neuen Wohnort nachweisbar Beschäftigung gefunden hat. Hat der Wechsel des Arbeitsortes schon vor demjenigen des Wohnortes stattgefunden, so darf die Unterstützung nur dann gewährt werden, wenn der Zeitraum zwischen dem Arbeits- und Wohnortwechsel nicht über 12 Monate beträgt. Das gleiche gilt auch für den umgekehrten Fall. Derjenige Wechsel (des Arbeitsortes oder des Wohnortes), welcher zuerst erfolgt, ist bestimmend für die im § 80 vorgezeichnete Karenzzeit und die Höhe der Unterstützung. Die Unterstützung muß vor dem Verlassen des Wohn- und Arbeitsortes bei der dortigen Lokalverwaltung beantragt werden; die Auszahlung erfolgt nach vollzogenem Umzug, d. h. nach dem Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes, durch die Lokalverwaltung des neuen Arbeitsortes. Werden die Umzugskosten vom Arbeitgeber entschädigt, so steht dem Mitglied kein Anspruch auf Unterstützung zu.

Angenommen wurde auch der folgende Antrag vom Gautag Leipzig zum § 80 (Umzugsunterstützung)

Hinter den Worten „dem alten und neuen Wohn- und Arbeitsort“ einzuschalten: nach der Bahn- oder Weg-(Kaufsee-)Strecke, durch die der Umzug erfolgt ist.

schlüssen Sitzungstag

wird um 8 Uhr begonnen. Die Statutenberatung wird unterbrochen und zunächst der 8. Punkt der Tagesordnung:

Das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

behandelt. Referent ist

Anton Raith-München. Er schildert die richtige Entwicklung unseres Verbandes, die uns aber noch nicht befriedigt. Vergleiche mit den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlungen zeigen, daß es noch recht viele organisationsfähige Holzarbeiter außerhalb des Verbandes gibt. Redner kreift kurz das Gebiet der Grenzstreitigkeiten und weist dann auf die Zunahme der ungelerten Arbeiter in der Holzindustrie hin, welche eine Folge der fortschreitenden Spezialisierung der Arbeit ist. Auf die Frage, wie die unorganisierten Massen für den Verband zu gewinnen sind, läßt sich eine bestimmte Antwort nicht geben; es führen viele Wege nach Rom. Großer Wert ist auf die Hauszitation zu legen, aber auch große öffentliche und Mitgliederveranstaltungen, die durch die Wucht des Massenangebots wirken, sind ein wertvolles Agitationsmittel. Von der Aufklärung der Mitglieder, so schließt der Redner, hängt die Schlagfertigkeit der Organisation ab. Deshalb wird und muß unsere künftige Arbeit, dem Verbande neue Gebiete zu erobern und neue Streiter zuzuführen, getragen sein von jenem Schwunge der Begeisterung, der kein Hindernis kennt, der unentwegt das gemeinsame große Ziel im Auge behält, wenn nur dem, „der nimmer scheut des Kampfes Mühen, nie der Verfolgung Plage, dem wird der schönste Sieg erblühen dereinst am Erntetage!“

In den mit jürrischem Weisfall aufgenommenen Vortrag knüpft sich eine kurze Diskussion, in welcher hauptsächlich Grenzstreitigkeiten berührt werden.

König-Berlin wendet sich gegen die Ansprüche, welche der Zigarbeiterverband auf die Arbeiter der Namm- und Schmuckindustrie erhebt.

Riedmüller-Freiburg i. Br. spricht über die Verhältnisse in den Schwarzwälder Sägewerken.

Stapfer-München bringt die Organisationszugehörigkeit der Modellstecher zur Sprache.

Fappe äußert sich zu den vorliegenden Anträgen und bemerkt, daß wegen der Gebietsabgrenzung mit den Vorständen anderer Verbände schon vielfach verhandelt wurde, und daß der Vorstand auch weiterhin Verhandlungen führen werde. Er werde seinen Auf, in diesen Dingen einen noblen Standpunkt einzunehmen, auch für die Folge zu wahren trachten.

Einmütig angenommen wird, nachdem die Diskussion geschlossen ist, folgende von Raith eingebrachte

Resolution betr. Rekrutierungsgebiet.

In der Holzindustrie ist neben dem Bestreben nach weiterer Spezialisierung der Arbeitsmethoden die Anlehnung der Betriebe in ländlichen Gegenden zu beschleunigen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse

sehr ungünstig sind und die Lebenshaltung der Arbeiter auf äußerst niedrigem Niveau steht.

Der Zustand dieser rückständigen Bevölkerungsschichten zu der so gebotenen Erwerbsmöglichkeit ist jedoch stärker als der dauernde Bedarf an Arbeitskräften, was wiederum einen starken Zug von Arbeitern mit niedriger Lebenshaltung nach den Großstädten zur Folge hat.

Die frühzeitige Erstarkung des gewerkschaftlichen Gedankens in den Großstädten und einzelnen Industriegebieten ermöglichte es dem Verbands, dort für die Holzarbeiter wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchzuführen und diese Verbesserungen durch Tarifverträge festzulegen. Diesen Bestrebungen des Verbandes erwachsen große Gefahren dadurch, daß der Arbeitsmarkt in den Gebietsstellen mit besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von Arbeitern aus rückständigen Gegenden, die außerdem den Gedanken der Organisation noch nicht erfaßt haben, in zunehmendem Maße belastet wird.

Im Hinblick auf diese ungleiche Entwicklung und die daraus entstehenden Schwierigkeiten für das Bestreben des Verbandes, die geistigen und materiellen Interessen aller in der gesamten Holzindustrie und deren Nebenzweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren und zu fördern und im besonderen Hinblick auf die weiter zu erwartenden großen Kämpfe für kulturellen Fortschritt richtet der Verbandstag an alle Mitglieder die nachdrücklichste Aufforderung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und eingebend der in kommender Zeit zu erfüllenden Aufgaben für die Ausbreitung des Verbandes nicht nur an den bisherigen Verbandsorten, sondern in allen, auch den entlegensten Gegenden Sorge zu tragen, in welchen die Holzindustrie Wurzel gefaßt hat.

II.

Der Verbandstag weist mit Entschiedenheit die fortgesetzten Versuche einzelner anderer Verbände, in das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes einzudringen und dadurch Zersplitterung in die Reihen solcher Arbeiterschichten hineinzutragen, für welche nur der Deutsche Holzarbeiterverband die zuständige Organisation bildet und deren Interessenvertretung wie bisher so auch in Zukunft die Aufgabe unseres Verbandes sein muß, entschieden zurück und beauftragt den Vorstand, die Rechte und Interessen des Verbandes derartigen unberechtigten Ansprüchen gegenüber auch in Zukunft energisch zu wahren.

Der Verbandstag spricht zugleich sein Bedauern darüber aus, daß die Austragung der Grenzstreitigkeiten vielfach bereits derart häßliche Formen angenommen hat, daß die Interessen der Arbeiterbewegung dadurch geschädigt werden.

Demgegenüber erklärt der Deutsche Holzarbeiterverband nach wie vor seine Bereitwilligkeit, eine friedliche Verständigung mit den beteiligten anderen Verbänden einzugehen. Eine solche Verständigung kann auf der Grundlage der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses erfolgen, wenn sich die Verbände bereit finden entsprechend Ziffer 2 dieser Resolution, die Grenzstreitigkeiten durch Vereinbarung von Kartellverträgen dauernd zu regeln.

Von den vorliegenden Anträgen sind einige durch diese Resolution erledigt. Angenommen wurde ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, mehr als seither für den Abschluß von Kartellverträgen einzutreten, um Grenzstreitigkeiten zu verhüten. Ferner wird der Vorstand durch angenommene Anträge beauftragt, durch Verhandlungen mit der General-Kommission den Grenzstreitigkeiten entgegenzuwirken und speziell die Arbeiter der Nammindustrie sowie die in Holzbearbeitungsfabriken, Holzlagerplätzen, Kistenfabriken usw. beschäftigten Arbeiter für den Deutschen Holzarbeiterverband zu rekrutieren.

Weiter wird beschlossen, auch das Referat von Raith in Broschürenform herauszugeben.

Dann wird mit der Statutenberatung fortgefahren. Angenommen wird hierbei ein von Schneppe-Horst-Rürberg begründeter Antrag, nach welchem die Streikunterstützung der über 17 Jahre alten weiblichen Mitglieder bis zu zwei Dritteln der für männliche Mitglieder festgesetzten Sätze betragen kann.

Die Anträge auf Abschaffung der Listenabrechnung werden abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag, die Streikformulare in doppelter Zahl an die Streikorte zu liefern, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Anträge, nach welchen die Verbandsgelder bei der Bankanstalt der Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angelegt werden sollen, sowie die Einrichtung eines Postcheckkontos soll der Vorstand in Ermägung ziehen.

Weitere Anträge, die dem Vorstand überwiesen werden, betreffen die Agitation unter den Ungelernten, ferner vermehrte Agitation in den östlichen Provinzen und unter den Werftarbeitern. Das Verbandsstatut soll wie früher schon, auch in französischer, polnischer und dänischer Sprache gedruckt werden.

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde ein Antrag des Gautages Stuttgart, welcher die Verbreitung von Aufklärung über die schädlichen Einflüsse der Arbeitsmethoden und insbesondere über die ungenügenden Arbeitsräume begreift. Ein anderer von Stuttgart gestellter Antrag wurde in folgender Fassung angenommen:

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, den Beschlüssen der Verbandstage in Köln und München, die Vereinigung der in einem Lohngebiet liegenden Zahlstellen betreffend, in höherem Maße als bisher Rechnung zu tragen. Wenn im einzelnen Falle die Notwendigkeit der Verschmelzung solcher Zahlstellen oder die Ueberweisung von Kollegen an die Zahlstelle des Arbeitsortes im Interesse der Aufrechterhaltung und Durchführung bestehender Tarifverträge nicht mehr zu umgehen ist, kann der Vorstand gegebenenfalls die Verschmelzung oder Ueberweisung beschließen.

Auf Antrag der Zahlstelle Hannover soll der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über eine Unfallversicherung der unbefoldeten Verbandsfunktionäre machen. Annahme fand auch die nachstehende, von der Zahlstelle Hannover beantragte Resolution:

„Ausgehend von der Tatsache, daß der Alkohol ein schweres Hindernis für die Arbeiterbewegung, im besonderen auch für die Gewerkschaftsbewegung bildet, verpflichtet der Verbandstag die Delegierten und Verbandsfunktionäre, tatkräftig für Aufklärung über die volkswirtschaftlichen, körperlichen und geistigen Schäden des Alkoholgenusses einzutreten, insbesondere aber für bessere Durchführung des Schnapsbottotts zu sorgen.“

Einer von der Zentralkommission der Namm-, Schirm- und Stockindustrie beantragten Resolution, in welcher gegen die Neuerung des Ministerialdirektors Dr. Caspar, protestiert wird, monach es schwer möglich sei, in der Frage des höheren Schutzes der Zellulosearbeiter geeignete Arbeiter als Sachverständige zu finden, die bei der Beratung der preussischen Zelluloseverordnung hätten hinzugezogen werden können, stimmte der Verbandstag zu. Auch wurde auf Antrag derselben Zentralkommission beschlossen, die Petition betr. Schutz der Zellulosearbeiter gegen Brandgefahren an den Reichstag und Bundesrat erneut einzureichen.

Schließlich wurde noch ein von mehreren Seiten gestellter Antrag angenommen, dahingehend, daß der Vorstand die Ursachen der Krankheit, und Todesfälle feststellt, zur Verwendung für statistische Zwecke.

Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Dresden bestimmt.

Es folgt der Bericht der Beschwerdekommision, den

Wethner-Frankfurt a. O. erstattet. Die Beschwerde eines Mitgliedes wegen Nichtabstempelung seiner Beiträge wird abgewiesen. Dem Verlangen der Zahlstelle Elbing, den Ausschluß zweier Mitglieder zu vollziehen, deren Ausschluß der Vorstand abgelehnt hatte, gibt der Verbandstag entgegen dem Antrage der Kommission statt. Dagegen wird eine Beschwerde der Zahlstelle Fürtb gegen eine Entscheidung der Zentralvorstände in Sachen der Teilarbeit zurückgewiesen. Desgleichen auch die Beschwerde eines Mitgliedes gegen seinen Ausschluß wegen Umgehung des Arbeitsnachweises.

Die Diäten für die Delegierten werden auf 15 Mk. pro Tag festgesetzt. Angestellte des Verbandes erhalten 0 Mk.

An der Nachmittags-sitzung wird zunächst beschlossen, den Internationalen Holzarbeiterkongress in Wien im Jahre 1913 durch 6 Delegierte zu beschicken. Hierzu werden die Kollegen Veipart, König, Neumann, Glöde, Raith und Käufer gewählt.

Den Bericht der Revisionskommission erstattet Robert Schmidt. Er beantragt dem Kassierer und dem Gesamtvorstand Decharge zu erteilen. Weiter begründet er folgende Anträge: Die Beiträge für die demnächst in Kraft tretende Privatbeamtenversicherung, der alle Angestellten des Verbandes beitreten müssen, sollen ganz auf die Verbandskasse übernommen werden. Nach 5 bzw. 10 Jahren, wenn die Karenzzeit für diese Versicherung abgelaufen ist, sollen dagegen die Angestellten die Beiträge zur Unterstützungsbereitigung des Vereins Arbeiterpresse, welche jetzt zur Hälfte von der Verbandskasse getragen werden, allein tragen. Eine grundlegende Änderung der seit 1906 bestehenden Gehaltsliste für die Verbandsangestellten, hat die Kommission nicht vorgeschlagen. Sie wünscht jedoch, daß der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine Vorlage unterbreite. Für die Angestellten, einschließlich der Lokalbeamten, welche bereits die höchste Stufe ihrer Gehaltsliste erreicht haben, beantragt die Kommission die vorläufige Einrichtung zweier weiterer Stufen, so daß dieselben für das laufende und das nächste Jahr eine Gehaltserhöhung um je 10 Mk. monatlich erhalten. Bei dieser Regelung sollen drei Ausnahmen Platzgreifen. Das Gehalt des Verbandsvorsitzenden soll auf 4000 Mk. erhöht werden. Diese Erhöhung des Vorsitzenden aus dem Mahnen der Gehaltsbezüge der übrigen Vorstandsmitglieder ist sachlich begründet, sie wird auch von seinen Vorstandscollegen gewünscht, die selbst die Anregung zu dieser Gehaltserhöhung gegeben haben. Weiter beantragt die Kommission, dem Kollegen Neumann, der jetzt noch das Anfangsgehalt der Vorstandsmitglieder bezieht, das gleiche Gehalt zu gewähren, welches sein Amtsvorgänger bezogen hat. Und schließlich wird beantragt, den Leiter des literarisch-statistischen Bureau aus der Gehaltsliste der Hilfsarbeiter in die der Vorstandsmitglieder zu versetzen.

Von einigen in neuerer Zeit angestellten Gauvorstehern ist beantragt worden, ihnen die in anderen Verbandsstellen zurückgelegte Dienstzeit bei der Gehaltsbemessung in Anrechnung zu bringen. In bezug auf diese Fälle soll der Vorstand nach dem Antrage der Kommission ermächtigt sein, je nach Lage des Einzelfalles die Dienstzeit ganz oder teilweise anzurechnen. Der Kommission haben weiter einige Anträge vorgelegen, welche die Einreihung einzelner Städte in eine andere Klasse mit höheren Ortszulagen bezwecken. Die Kommission schlägt vor, von einer Beschlussfassung abzusehen und den Vorstand zu beauftragen, das Regulativ bezüglich der Ortszulagen einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Ueber diese Vorschläge der Kommission entspinnt sich eine lebhafteste Diskussion. Schließlich werden die einzelnen Punkte, zum Teil mit sehr großer Mehrheit, angenommen. Nur hinsichtlich des Antrages bezüglich der Gauvorsteher weicht der Verbandstag von den Vorschlägen der Kommission ab, indem er beschließt, den in den letzten zwei Jahren neu angestellten Gauvorstehern ihre Dienstzeit voll anzurechnen.

Nachdem die seitherigen befoldeten Vorstandsmitglieder und die Gauvorsteher einstimmig wiedergewählt sind, hat der Verbandstag seine Arbeiten beendet.

Veipart wirft in seinem Schlusswort einen Rückblick auf die Arbeiten des Verbandstages. Einleitend erinnert er daran, daß vor 27 Jahren, am 20. Juni 1885, die erste Generalversammlung des Tischlerverbandes, der damals noch ein Verband von Vereinen der Tischler war, zu Offenbach eröffnet wurde. Von den damaligen Delegierten haben zwei auch an unserem nun beendeten Verbandstag teilgenommen, die Kollegen Westphal-Frankfurt a. M., der damals Vertreter von Hannover war, und Raub-Stuttgart. Veipart begrüßt die Delegierten unserer Bewegung und spricht ihnen den Dank für

ihre Arbeit um die Organisation aus. In seinen weiteren Ausführungen lenkt der Redner die Aufmerksamkeit auf das kommende Jahr. Das Jahr 1913 verspricht ein Sturmjahr zu werden. Deshalb ist es notwendig, daß wir zusammenhalten. Wir wollen unsere Kraft nicht in gegenseitigem Hader vergeuden, sondern einig und geschlossen müssen wir dem Gegner die Stirne bieten.

Der Verbandstag war die richtige Antwort auf die Generalversammlung der Arbeitgeber. Wir erblicken unsere Aufgabe darin, das Sehnen der Mitglieder nach Arbeitszeitverkürzung zu wecken. An dem Drängen der Mitglieder muß der Widerstand der Unternehmer zuschanden werden. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, in dem Verbandsvorstand den Bremser zu sehen, nein, wir wünschen, daß überall Arbeitszeitverkürzung verlangt wird. Die Kampfmethoden, die sich herausgebildet haben, bringen es mit sich, daß die Beratungen oft in engen Körperlichkeiten geführt werden. Da ist das Vertrauen der Massen zu ihren Führern die unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung der Bewegung. Leipzig schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wir in zwei Jahren in Dresden konstatieren können, daß wir von Erfolg zu Erfolg geschritten sind. Seine Rede klingt aus in einem Hoch auf den Verband, in welches die Delegierten begeistert einstimmen. Hierauf wird der Verbandstag geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Vorkontingents erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juli in Chemnitz 65 Pf., in Pirna 80 Pf., (weibl. 80 Pf.) beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Die vom Vorstand und Ausschuss vorgenommene Wahl von Hilfsarbeitern in unserem Hauptbureau ist bei 182 Wählern auf die Kollegen Paul Kentsch, Modellfischer in Breslau, Emil Wiedemann, Tischler in Berlin, und Karl Witten, Drechsler in Kusterwalde, gefallen. Wir bitten die übrigen Wähler, auf diesem Wege von dem Ausfall der Wahl Kenntnis zu nehmen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 184403 Karl Beckstein, Tischler, geb. 0. 7. 46 zu Aurich.
- 25728 Wilh. Müller, Masch.-Arb., geb. 2. 5. 82 zu Seibenberg.
- 33303 Joh. Ruche, Verwalder, geb. 12. 7. 84 zu Tangerhütte.
- 41720 Otto Fröhlich, Tischl., geb. 12. 2. 90 zu Hintermaier.
- 448083 Otto Schneider, Tischl., geb. 4. 11. 01 zu Schmiedefeld.
- 509578 Karl Sunderbrink, Tischl., geb. 11. 1. 80 zu Gohfeld.
- 587851 Wilh. Stegmeier, Tischl., geb. 24. 4. 89 zu Böhmel.
- 601814 Max Glaser, Schiffsz., geb. 15. 11. 62 zu Potsdam.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Amburg. Daß die Organisation den Arbeitgebern ein Dorn im Auge ist, ist eine alte Tatsache, daß sich aber unsere Kollegen von ihnen befehlen lassen, was sie wollen, dürfen sie sich nicht einbilden. Schreinermeister Joh. Lang brachte jüngst einen Gesellen und suchte deshalb einen Kollegen in seiner elterlichen Wohnung auf. Als unser Kollege in den nächsten Tagen in der Werkstatt erschien, konnte er noch nicht anfangen. Als er dann anderen Tages um 7 Uhr, zu der tariflich festgesetzten Zeit, in die Werkstatt kam, verlangte der Meister, daß von 6 bis 6 Uhr mit einer Stunde Mittagspause gearbeitet werde. Daß der Kollege nach dem Tarif arbeiten wollte und auch noch im Verband war, paßte Herrn Lang gar nicht, so daß der Kollege gleich wieder aufhören mußte. Herr Lang arbeitet eben noch nach dem alten Papp, womit er aber heute nicht mehr weit kommen dürfte.

Berlin. (Modellfischer.) Dem Inserat, durch welches tüchtige Modellfischer nach Berlin gesucht wurden, folgten zahlreiche jüngere Kollegen, welche aber gar nicht nach dem Wunsche der Arbeitgeber waren und zum größten Teil den hier an sie gestellten Anforderungen bezüglich der Arbeit nicht nachkommen konnten. Demzufolge machte sich auch in der folgenden Zeit eine bei dem guten Gewillgang ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit geltend. Zurzeit sind ungefähr 45 Kollegen arbeitslos. Wir bitten daher die auswärtigen Kollegen, es sich genau zu überlegen oder sich erst mit der Branchenleitung in Verbindung zu setzen, ehe sie das Eldorado Berlin aufsuchen. Der Inhalt des Artikels in Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“: „Der Zug der Großstadt“ trifft für die Modellfischer genau so zu, wie für die übrigen Branchen. Die Hoffnung auf dauernde Arbeit wird leider sehr schnell zunichte.

Serischdorf. In der Möbelfabrik Gebr. Wallisch verbleibten sich die Verhältnisse noch immer. So ist jetzt eine größere Lieferung erster Zimmer fertigzustellen. Da aber sämtliche Tischler fast zugleich angefangen haben, können sie die Maschinenarbeit nicht zur Zeit bekommen und müssen die Maschinenarbeiter überstunden ohne Ende machen. Das zugeschnittene Holz und Abschnitte liegen im Maschinenraum kreuz und quer. Im Kesselhause ist das Holz hoch aufgeschichtet, so daß man kaum laufen kann und Gefahr läuft, in die Maschinen zu geraten. Beschwerden darüber werden wohl angehört, aber nicht erledigt. Hier wäre es notwendig, daß sich die Gewerbeinspektion einmal darum kümmerte. Die Preise für die Arbeit sind sehr niedrige und ist bei angestrengtester Arbeit nichts zu verdienen. Vom Akkordgeld muß eine bestimmte Summe für das Fertigmachen, wie Schloßereinarbeiten, Spiegel- und Wägereiarbeiten usw., stehen bleiben. Da dieses aber mei-

stens auf Montage erfolgt, weil das Material nicht zur Zeit da ist, müssen die Werkstattarbeiter auch noch die Montage deden helfen. Dies alles könnte abgeändert werden, wenn die Kollegen mehr Mitdacht besäßen und nicht bei jeder Sache zu Kreuze kriechen würden. Maschinenarbeiter erhalten noch Stundenlöhne von 27-30 Pf. und wenige nur darüber. Hier kann nur eine straffe Organisation der Arbeiter helfen. Das sehen leider noch zu wenige ein. Kollegen, welche nun gewillt sind, in diesem Betriebe in Arbeit zu treten, werden erjucht, vorher Erkundigung bei der Ortsverwaltung einzuholen.

Böhmer. Der Möbelfabrikant O. Greiner hat während seines Konkurses seinen Leuten erzählt, daß er nicht mehr nach dem Tarif bezahlen könne, da sie doch einsehen müßten, wohin es gekommen wäre. Ein rechter Rechenkünstler muß dieser Mann wohl sein, da er doch die tariflichen Akkordpreise zum großen Teil selbst angegeben hat und dabei auch wirklich seine Vorbeeren zu ernten waren. Jetzt nach 4 Jahren sollen die Leute an dem Zusammenbruch schuld sein. Für diesmal hat uns der Konkursverwalter die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne zugesagt. Was weiter kommt, wird mit dem künftigen Besitzer zu vereinbaren sein. Dann aber wird der Erfolg davon abhängen, inwieweit unsere Kollegen organisiert sind.

Rothenburg o. T. „Der Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Verbandes, bringt in seiner Nr. 25. vom 21. Juni eine Schauerntar, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Tatsache ist, daß beim Streit in der Kindermagenfabrik von Haag u. Sahlmüller eine größere Anzahl Arbeitswilliger stehen blieb, zu denen sich später noch einige Mantelmäntige u. a. auch der christliche Vorhänge Arbeiter - gesellen; dadurch konnte die Firma ihren Betrieb notdürftig aufrechterhalten. Jedoch, wie überall, nahmen sich unter dem Schutze der Polizei auch hier die Arbeitswilligen. Das parteiische Handeln der Polizei regte natürlich die Gemüter sehr auf und führte zu Ausläufen, wobei die Polizei ganz unbilligweise verstärkt wurde. Inzwischen kam dann doch eine Verständigung mit der Firma zustande und wurde der Kampf abgebrochen; nicht „bedingungslos“, wie das christliche Blatt meldet, wenn man vom Ausgang des Kampfes auch nicht befriedigt war. Nun setzen unsere „christlichen“ Freunde ein, um die Unstimmigkeiten unter der organisierten Arbeiterschaft für ihre Zwecke auszunutzen. Zwei christliche Sekretäre, die faktisch bekannten Herren Worms und Expenbeck aus Nürnberg, der eine blauer, der andere schwarzer Couleur, hielten eine Versammlung hinter verschlossenen Türen, zu welcher die Einladung vom Pfarrer ausging. Einem unserer Kollegen wurde der Zutritt gestattet. Er mußte nun auch die schönsten Verleumdungen unserer Bewegung mitanhören, was ihn veranlaßte, die beiden Herren aufzufordern, ihre Behauptungen in öffentlicher Versammlung zu vertreten. In einer solchen sprach nun Kollege Wörtsberger aus Nürnberg über: „Die freien Gewerkschaften und ihre christlichen Gegner“. Der Beifall, den der Redner für seine sachlichen Ausführungen erntete, bewies, daß die Anwesenden mit ihm einverstanden waren. In der Diskussion sollte die Redezeit, gemäß ein halbe Stunde beschränkt werden; die Zeit war sehr vorgegriffen und sollte möglichst vielen Gelegenheiten gegeben sein, ihre Ansicht zu bekunden. Herr Worms, der extra geladen war, erhielt auf seine Bitte eine Stunde Redezeit; gemäß ein recht tolerantes Verhalten im Gegensatz zu dem unserer christlichen „Freunde“ an anderen Orten. In seinen Ausführungen bezeichnete er das Referat als „gahm“ und, wohl fühlend, daß er sachlich nichts dagegen ausrichten konnte, verlegte er sich aufs Schimpfen und Verleumben, um dadurch die Versammlung, die von 800 Personen besucht war, in Aufregung zu bringen. Er redete von: „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, der Streit im Ruhrrevier sei geführt worden, „weil Que bei der Reichstagswahl durchgefallen sei“, die freien Gewerkschaften „züchten durch Verleumdungen Streikbrecher“ und derartigen Unsinn mehr. Diese Unwahrheiten steigerten die Aufregung immer höher, so daß die Polizei, trotz heftigen Protestes, die Versammlung schloß. So konnte denn Herrn Worms auf seine dreidigen Anwürfe die richtige Antwort nicht mehr erteilt werden. Doch wurde ihm aus der Versammlung so mancher Ruf gemacht, der ihm bewies, was man von seinem Geschwätz und seiner Wahrheitsliebe halte, und daß die „Christen“ in Rothenburg keinen Resonanzboden finden. Daß Worms taktisch angegriffen werden sollte, wie es im „Holzarbeiter“ gesagt ist, ist nicht wahr und soll dadurch wohl auch nur der Artikel schwächer gemacht werden. Wenn im Bericht des „Holzarbeiter“ gesagt wird, daß die christliche Zahlstelle in letzter Zeit einen guten Aufschwung genommen hat, so kann das doch nur möglich sein, indem dort die Streikbrecher von Haag u. Sahlmüller Aufnahme finden, denn bei der selbstbetäubten Arbeiterschaft Rothenburgs finden die Christen keinen Anhang. Sie sind also nur auf die verwerflichsten Elemente der Arbeiterschaft angewiesen und degradieren sich damit selbst. Den Kollegen Rothenburgs sei aber geraten, sich gegenseitig die alle Treue zu bewahren, dann wird auch bei Haag u. Sahlmüller das Interesse der Arbeiter weiter vertreten werden können.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin stehen die Korbmacher mit der Firma Franke in Differenzen. Herr Franke wurde bei der letzten Bewegung durch Streik gezwungen, 10 Proz. zuzulegen. Jetzt hat derselbe auf die gangbarsten Muster Abzüge gemacht. Ein großer Teil Kollegen hat das Paradies schon verlassen, und zwar waren dies die eingearbeiteten Leute. Aber auch die noch dort beschäftigten Kollegen werden Herrn Franke zeigen, daß er nicht allein über die Höhe des Lohnes bestimmt. Wir bitten deshalb, den Betrieb von Franke streng zu meiden.

In Vura bei Magdeburg stehen in der Tischfabrik von H. G. Wolf die Kollegen seit 29. Mai im Streit, weil die Firma sich nicht zu den Bedingungen des allgemeinen Vertrages verpflichten wollte. Daß sie absieht vom allgemeinen Vertrage stand, hatten die übrigen Arbeitgeber jedesmal bei den Vertragsverhandlungen zur Begründung ihrer Ablehnung unserer Forderungen benutzt. Jetzt aber, wo sich der Streit darum dreht, die Firma H. G. Wolf zur Aner-

kennung des Vertrages zu zwingen, darf sie an den dortigen Vorständen des Arbeitgeberverbandes nur den Wunsch um Weistand äußern, und er wird ihr bereitwilligst gewährt. Der Vorliegende Ratinath hat durch ein Rundschreiben so wohl an die Arbeitgeber des Tischlergewerbes als auch an die übrigen Fabrikanten das Ersuchen gerichtet, unsere streikenden Kollegen nicht einzustellen bezw. die schon eingestellten zu entlassen. Diese Art Vertragsstreue steht genau der von 1907 gleich, wo sich derselbe Herr durch seinen bekannten Vertragsbruch bereits einen Namen gemacht hat. Damit ist natürlich weder für die Firma H. G. Wolf noch für die übrigen Unternehmer die Sache erledigt. Vorläufig werden sich erst einmal die vertragsmäßigen Instanzen damit befassen; es besteht aber auch keine Zweifel darüber, daß wenn dies nicht zum Ziele führen sollte, die Arbeitgeber Gelegenheit erhalten werden, die Lehre von 1907 noch einmal zu empfangen.

In Dammberg a. d. Elbe dauert der Streit in der Möbelfabrik Ordas fort, trotzdem die Streitenden die innergehabten Fabrikwohnungen räumen mußten.

In Dresden besteht die Sperre über die Holz- u. Möbelfabrik Peter u. Stegmann in Mabebeul weiter. Trotzdem hat sich ein Kollege namens Gohmann gefunden, der in Verbindung mit den dort stehenden gebliebenen Kollegen Schreiber, Schlorke und dem früheren Tischler Horn der Firma aus der Verlegenheit helfen will. Auf nochmaliges Vorstellwerden erklärte Herr Peter, auf einen Vertrag nicht einzugehen. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir hierdurch, uns vom Auftauchen von der Firma Peter u. Stegmann bestellter Arbeiter sofort zu unterrichten. Bei der Glasfabrik Siemens gelang es den Kollegen, den Lohn um 5 Proz. zu erhöhen, der Höchststundenlohn beträgt jetzt 50 Pf. Gelder hat die Firma eine Verkürzung der jetzt noch 81 Stunden betragenden Arbeitszeit abgelehnt. Öffentlich gelangt es dort in Zukunft den Kollegen, in Verbindung mit den anderen Werken die notwendige Verkürzung herbeizuführen. Die auswärtigen Kollegen wollen sich, bevor sie in Dresden Arbeit annehmen, erst im Bureau Rittenbergstraße 4, III oder bei der Sektionsleitung erkundigen. Es sind hier eine ganze Anzahl von Kleinrenten vorhanden, welche nicht einmal den tarifmäßigen Lohn bezahlen. Einige versuchen daher, weil sie an Orte keine Leute bekommen, solche von Oesterreich zu beziehen. Diesen Leuten, welche oft kein Wort Deutsch verstehen, wird der Lohn dann diktiert. Diese Kollegen für unseren Verband zu gewinnen, muß das Ziel unserer Agitation sein. Dann aber sollten sich alle Kollegen einen regen Versammlungsbetrieb anlegen sein lassen.

In Sameln hat die Stahlrohrmattenfabrik Berlin u. Co. die 58%stündige Arbeitszeit eingeführt, den Stellenlohn auf 44 Pf. erhöht und die Akkordpreise um 10 Proz. erhöht. Die Möbelfabrik von Otter hat eine Erhöhung der Akkordlöhne von 15 Proz. einzetzen lassen. Diese beiden Betriebe scheiden dadurch aus dem Lohnkampf aus. Die Innungsmeister dagegen wollen wohl eine kleine Erhöhung des Lohnes einzetzen lassen, sind aber gegen die geforderte dreistündige Arbeitszeitverkürzung. Sie bieten nur eine Stunde. Da dies unsere Kollegen ablehnten und die inzwischen eingereichte Mündigung abließ, ohne daß eine Einigung erzielt war, verließen noch 12 Kollegen die Arbeit. Wir ersuchen auch fernerhin den Bezug fernzuhalten.

In Mühlberg haben die Kartelleger am 22. Juni dem von der Verhandlungskommission vorgelegten Vertrage zugestimmt. Derselbe tritt nun am 1. September in Kraft und gilt bis zum 1. September 1915. Die Zustände waren bisher schlechter als wie in anderen Zentren des Berufes und sind dieselben durch den Vertrag der wesentliche Verbesserungen bringt, einigermaßen behoben. Alle Kollegen, insbesondere die auswärtigen, haben in allen Fragen sich an den Arbeitsnachweis, Mühlstr. 24b, zu wenden. Zurzeit können keine weiteren Kartelleger in Mühlberg beschäftigt werden. Die Kollegen von auswärts werden daher erjucht, briefliche Anfragen an die Arbeitgeber nicht mehr zu richten und diese sie selbst schädigende Handlung überhaupt zu unterlassen.

In Lüben hat die Firma Morgenstern aus Berlin eine neue Lagersmöbelfabrik eröffnet und den in dieser Gegend reichlich „bekanntem“ Werkführer Tietzer engagiert. Sie beschäftigt nun seit circa 4 Wochen 20 Arbeiter. Nachdem wir der Firma jetzt zunächst einen provisorischen Tarif unterbreitet hatten, verlangte diese statt einer Unterhandlung von den Kollegen einfach den Austritt aus dem Verbande. Wer einen diesbezüglichen Hinweis nicht unterdrückt, mußte aufhören. Das ist denn auch geschehen. Der Betrieb ist nun gesperrt.

In Straßburg sind in der Autofabrik Mathis Differenzen ausgebrochen. Bezug vom Wagner, Kastenmachern, Kastenhebern, Automatischschreibern und Holzbiegern ist deshalb fernzuhalten. Die Firma sucht allerorts Mautkreifer.

In Wals dauert der Kampf der Stodarbeiter und Drechsler nun schon neun Wochen. Die Fabrikanten sind bemüht, Uneinigkeit in die Reihen der Streitenden zu bringen. Doch kann berichtet werden, daß auch nicht ein einziger unserer Kollegen bisher faktenföchtig geworden ist. Selbst die Familienväter, darunter alte ergraute Kollegen, welche bis zu 88 Jahren in den einzelnen Betrieben gestanden haben, sind bereit, bis zum äußersten auszuhalten, ein Vorbild für unseren jungen Nachwuchs. Gern wollen wir auch konstatieren, daß uns die auswärtigen Kollegen mit Zulauf verschonen, trotzdem von den Fabrikanten alles versucht wird, Leute heranzuziehen.

Ausland.

In Linz in Oberösterreich dauert der Kampf der Tischler weiter. Nachdem die Unternehmer in Oesterreich selbst Arbeitswillige nicht gefunden haben, sind sie jetzt in Deutschland auf die Suche nach solchen gegangen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, die Anwerbung von Streikbrechern nach Linz zu verhindern.

In Graz ist es ebenfalls zu keiner Einigung mit den Arbeitgebern gekommen. Diese verlangten vielmehr gegen 2 Heller Lohnhöhung Verzicht auf die Mindestlöhne. Zugang ist fernzuhalten.

Verfassungsveranstaltungen

Frankfurt a. M. Samstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Verfassungsveranstaltung der Arbeiter im Gewerkschaftshaus, Kolleg 4.

Anzeigen

Kulm, Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, außer bei dem Bevollmächtigten W. K. Schulz, Greifswalderstr. 14, Meldung zu machen.

Miesfeld. Unter Verbandsbureau befindet sich ab 1. Juli 1912 im Gebäude der 'Postwachst', Wendenstr. 8 II. Geöffnet außer Samstags von 11-1 Uhr mittags und 5-7 Uhr nachmittags.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen nur im städtischen-paritätischen Arbeitsnachweis, Schiffstraße 12. Jede andere Vermittlung sowie der Umgehungen ist strengstens verboten.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Münster. Die Arbeitsnachweise für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wittenbergstr. 61 I, geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3/4-4 Uhr.

Stelle sofort mehrere tüchtige Drehtischler für dauernde Beschäftigung ein.

O. Großhoff, Drehtischler, Marienstraße 10, Dinslaken.

ZUSCHNEIDER GESUCHT. MÖBELFABRIK L. HEYDECKER, KEMPTEN

Tüchtige Tischler auf feine Möbel sowie Monteur auf Innenausbau für dauernd sofort gesucht.

Mehrere Tischlerstellen auf Kastenmöbel sowie einen Polierer, dieser muß junge Leute ausbilden können.

Mastenburg. Die Mastenburger Möbelfabrik Kurt Siebert, Mastenburg (Ostpreußen).

Mehrere selbständige Möbeltischler, sowie auch ein Beizer und Polierer werden für ständig gesucht.

Tüchtige ältere Drehtischler u. Maschinenarbeiter (Fräser) suchen für dauernde Beschäftigung.

2 ord. u. tücht. Drehtischler, die auch Anschlagen und Einsetzen können, für dauernd gute Arbeit, sucht R. Witzjorra, Fabrik mit Kraftbetrieb, Königs (Westpr.).

Mehrere tüchtige Drehtischler stellt sofort ein. Thren- und Fensterfabrik Gr. Groß, Meerane i. Sa.

Mehrere tücht. bei guter Bez. sofort gesucht. Dauernde Arbeit. G. Gottwald, Modellfabrik, Sennfelderstr. 68.

Die perfekt nach Zeichnung arbeiten können, bei gutem Lohn und Reisevergütung für dauernd gesucht.

Stuhlbauer gesucht in geschweiften Möbeln nach Zeichnung, für dauernd gesucht.

Möbelfabrik Girschwald, Weimar, Ebersburgerstr. 77.

Tüchtigen Stuhlpollerer suchen sofort für dauernde Beschäftigung.

Gebr. Anperle, Stuhl- und Tischfabrik Gippingen (Wirtbg.).

Polierer, tüchtiger, selbständiger Beizer und Polierer, sowie 2 tüchtige Bau- und Möbelschreiner, für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Gesucht auf sofort ein tüchtiger, durchaus sauber arbeitender Beizer, auf eigene Speisezimmer, gegen hohen Lohn oder Akkord bei dauernder Beschäftigung.

Ein tüchtiger Drehtischler, welcher auch etwas Maschinenarbeit mitmacht, kann für dauernd eingestellt werden.

Gebr. Dreher, Darsfeld (Hann.).

Perlmutterknopfdreher. Ein Ausbohrer (Kraftbetrieb) sowie ein Dreher finden sofort gute dauernde Stellung.

Farbmacher für Hartholzrahmenleisten per sofort sucht Ungarisch-Amerikanische Modell-Holzverarbeitungsgesellschaft.

Tüchtige Kastenmacher für geschlossene Wagen erhalten sofort dauernde und gut-bezahlte Stellen.

Mehrere tüchtige Kastenmacher u. Kastenheifer auf Karosserien eingearbeitet, per sofort gesucht.

Selbständig. Kastenmacher auf Karosseriebau für dauernd gesucht.

Auf sofort gesucht zwei Korbmacher auf Roharbeit.

Tüchtige Arbeiter auf Geschlagen (meist Reiseförbe) können sofort dauernd Arbeit erhalten.

2 Korbmachergesellen. Tüchtige Arbeiter auf Geschlagen (meist Reiseförbe) können sofort dauernd Arbeit erhalten.

2 Korbmacher auf Reiseförbe sowie Grün-geschlagenes stellt sofort ein.

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein.

2 Korbmacher auf Reiseförbe sowie Grün-geschlagenes stellt sofort ein.

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein.

Korbmacher auf Mattarbeit sucht.

Tüchtiger Gestellarbeiter auf dauernde Arbeit, speziell Peddigrohr gesucht.

Bürstenmacher in allen Arbeiten bewandert.

Gesucht 2 tüchtige Bohrer auf dauernde Arbeit.

Perfekter Fibrezurichter für dauernde Beschäftigung gesucht.

Gesucht für Fabrik neue Idee oder gute Erfindung.

In Görlitz (Schl.) ist eine geräumige guter fester Kundchaft zum 1. Oktober d. J. zu vermieten.

Tischlerei mit kleiner Landwirtschaft, existenzsicher, konkurrenzlos.

Zum Verbandstag in Berlin ist eine humoristische Verbandstags-Zeitung 1912 erschienen.

Geistliche und Maßstäbe „Goldarbeit“ nur mit meinem Namen echt.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein wasser-echtes Peha-Matt, meine nach eigenem Ver-gereinigten Schellackpolituren

und meine Holzbeizen, die sich hochmodern durch besondere Farbenpracht auszeichnen

(Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, neues Polierverfahren hat glänzend bewährt.

Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt! Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 „ Marmor-Mono (mahag.)

1 „ Patentpolitur zum Reinpulieren 1 „ Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellnuss)

1 „ allerf. Politur-Glanzlack (blond) 1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskiten schadhafter Holzstellen)

1 „ Kristall-Lack (blond) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)

1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskorb zum Polieren zu 8 Mk., franco inkl. Emballage.

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.)

ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen.

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit!

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt!

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft u. S. in Berlin. Druck: Bornharts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 62.

Perlmutterknöpfe lauft gegen Jos. Kasse Paul Goldschmidt, Hamburg 11.

Hobelbänke billig bei Kasse resp. Nachnahme: Blattlänge: 170 180 190 200 230 cm Preis: 30 41 49 47 44 Mk.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt, fabriziert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preisl.z. Dienst.

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 866 Seiten, geb. Mk. 1,20.

Mein lieber Freund. Interessierst Du Dich für amerik. Werkzeug-Neuheiten?

In wenigen Tagen erscheint das Südbest des Fachblattes für Holzarbeiter. In demselben beginnt eine Artikelserie über das Arbeitsgebiet der Modelltischlerei.

Eingelegte Furniere für Nähnische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.